

Bezugspreis:

Wochenschrift 4.- Mtl. monatl. 1.- Mtl. frei im Haus...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 31. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die achtgepolte Reklametabelle kostet 1.50 Mtl. „Kleine Anzeigen“...

Französische Ritterlichkeit.

Von einem sozialdemokratischen Abgeordneten, der die Verhältnisse in dem von der X. französischen Armee besetzten Gebiet...

Die sozialdemokratische Presse des nichtbesetzten Gebietes ist über die Zustände der besetzten Westgebiete nicht genügend unterrichtet...

Aber die Verhältnisse in den von den Franzosen besetzten Gebieten sind in der Tat derartig, daß sie gar nicht schwarz genug geschildert werden können...

Mit den Franzosen zog der Geist der Unbuddsamkeit, der Brutalität, der Ungerechtigkeit, der Unfreiheit, der kleinlichen Schikane...

Der französische Militarismus ist nun eine ganz besondere, dem deutschen Wesen schnurstracks entgegenstehende Spielart...

Als General Mangin das Regiment in Mainz antrat, erschien er in der Stadtverordnetenversammlung...

In dem Glauben an die Aufrichtigkeit dieser Worte sandten die freien Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften...

Der Rhein ist von jeher die Grenze zwischen Barbarei und Zivilisation gewesen...

Rückkehr oder Fahnenflucht!

Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die Abtransporte aus dem Baltikum bisher ungenügend sind...

Neue Drohungen.

Die Pariser Blätter zählen, offenbar auf eine offizielle Weisung hin, die Punkte des Waffenstillstandes auf, die Deutschland angeblich nicht erfüllt haben soll...

Strafe für Scapa Flow?

Ein am Mittwochabend aus dem englischen Gefangenenerlager Donnington Hall zurückgekehrter Offizier berichtet der „Schlesischen Volkszeitung“...

Minister Long sagte im Unterhause, die britische Regierung habe die Absicht, die Auslieferung des deutschen Unterseebootkommandanten Kiewewetter zu fordern...

Die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat die Angelegenheit wiederholt, zuletzt Mitte Oktober, zur Sprache gebracht...

Das ist so eine Blütenlese aus dem Mangin'schen Vortrag. Das war der Niederschlag von Wilson's 14 Punkten...

Während in den von Engländern und Amerikanern besetzten Gebieten Versammlungs-, Verkehrs- und in beschränktem Maße auch Pressefreiheit herrschte...

Die deutschen Beamten der Polizei, der Staatsanwaltschaft und des Gerichts erhielten von den Franzosen Aufträge...

Schier unerfüllbare Ansprüche wurden an die Kommunalverwaltungen gestellt, und geradezu unerhört war die Form der Auflagen...

Im Mainzer Stadttheater belegten die Franzosen eine Anzahl Plätze, weitere 300 Plätze mußten bis zehn Minuten vor der Vorstellung für das französische Militär freigehalten werden...

Weit verabscheuungswürdiger aber ist das Treiben der französischen Militaristen in politischer Beziehung. Zunächst wurde die Zensur in dem Sinne geleitet...

Demselben Zweck diene die Errichtung eines Telegraphenbureaus, das direkt unter französischer Zensur arbeitet und alle Nachrichten von Belang in französischer Sprache rezipiert...

Neuälerisch verkündeten Mangin und sein Troß, daß sie der rheinischen Republik-Bewegung „neutral“ gegenüberstehen. In diesem Sinne wird auch die französische Presse unterrichtet...

Teil schwer bestraft und aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurde. Ganz systematisch wurden bei der Verfolgung Katholiken und Zentrumsleute geschont. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, daß alle Katholiken und die ganze Zentrumsparthei Anhänger der Rheinischen Republik seien.

Eine besondere Seite der politischen Beeinflussung ist die Einmischung in die Schulangelegenheiten. Der französische Sprachunterricht wurde zwingend in allen Schulen eingeführt. Französische Schulen wurden gegründet. Die deutschen Lehrer wurden überwacht und beschneitelt. In Anstellungs- oder Beförderungangelegenheiten maßten sich die Franzosen an, das letzte Wort zu sprechen, daselbe gilt auch für Schulleute.

Trotz der entsetzlichen Wohnungsnot in den besetzten Gebieten dehnt sich die Befragung immer weiter aus. In den schönsten und größten Räumen der öffentlichen Gebäude, wo ein ganzes Heer von Verwaltungsteilen untergebracht werden könnte und früher auch untergebracht war, steht je ein Schreibtisch und abends sind alle Säle, ob sie gebraucht werden oder nicht, verschwenderisch beleuchtet — trotz der Not. Für die Angehörigen der Armee werden Wohnungen und eingerichtete Zimmer beschlagnahmt. Keine Jagdverpachtung darf stattfinden, die nicht vorher französischen Offizieren angeboten wurde. Jagdgesellschaften sind gezwungen, französische Offiziere aufzunehmen, wenn sie ihre Reviere nicht verlieren wollen.

Den deutschen Behörden ist bis heute noch die Auszahlung der Requisitionsgelder im Bereiche der X. Armee unterlag. Die begreifliche Mißstimmung der Bevölkerung darüber verleiht die Befragungsbehörde auf die deutsche Regierung abzulenkten.

Entgegen allen sonstigen Gepflogenheiten zeigen sich die Franzosen äußerst zartfühlend denjenigen deutschen Mädechen und Frauen gegenüber, die sich den französischen Soldaten an den Hals werfen. Es handelt sich da meist nicht um sogenannte „reelle Verhältnisse“, sondern — von wenigen Ausnahmen abgesehen — um käufliche Liebe, um Prostitution. Wehe, wer einem solchen Mädchen seine Verachtung ausdrückt, sie warnt und zurückhalten sucht! Er wird mit den schwersten Strafen bestraft! Die Bevölkerung auf dem Lande, die in diesen Sachen sehr empfindlich ist, hat solche Mädchen an den Pranger gestellt, ihre Namen öffentlich angeschlagen oder ihnen die Zöpfe abgeschritten. Die Täter erhielten mehrjährige Gefängnisstrafen und Zwangsarbeit auferlegt und die Ortsbehörden erhielten gleichfalls schwere Strafen angedroht, wenn sie den Unfug nicht verhindert oder sich lässig in der Ermittlung der Täter zeigten.

Auf eine Eingabe der Evangelischen Mädchenhilfe in Wiesbaden, worin um Einschreiten gegen die Prostitution erwidert wurde, erwiderte die französische Militärverwaltung ablehnend. „Der Chef stellt mit Vergnügen fest, daß sich die Soldaten so schnell zahlreiche Zuneigung zu gewinnen gerufen hätten.“ Durch diese offenbare Begünstigung werden die Soldaten zu immer schamloserem Vorgehen ermuntert. „Für eine Tafel Schokolade kauft man in Deutschland ein ganzes Schwein“, erzählen sie unter sich. Die Lazarette und Krankenhäuser liegen voll von Geschlechtskranken.

Ganz traurig ist es um die Mädchen und Frauen bestellt, die wegen irgendwelcher geringfügiger Vergehen oder Uebertretungen in französische Haft geraten oder zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden. Da werden von dem männlichen Aufsichtspersonal alle Mittel der Bedrohung und Verführung angewandt. Selbst vor Vergewaltigungen und der Anwendung narkotischer Betäubungsmittel schreckt man nicht zurück, um die Mädchen den Lüste der Franzosen gefügig zu machen.

Soll man endlich noch an die barbarischen Strafen erinnern, die die Kriegesgerichte wegen lächerlich geringfügiger Verstöße aussprechen? Die Urteile muten an wie eine widerliche Gelschneiderei. Den ärmsten Leuten werden die unmöglichsten Geldstrafen angehängt. Und wie werden die Untersuchungen geführt? Man wird an das schmerzhafteste Mittelalter erinnert. Man wäre versucht, die Angaben in das Reich der Fabel zu verweisen, wenn uns nicht von durchaus zuverlässigen Personen ver-

sichert worden wäre, daß im Saargebiet die Daumschraube benützt wird, um Geständnisse zu erpressen. Und in Mainz sind einige Lehrer und ein Gewerkschaftsvorsitzender, die wegen angeblicher Anteilnahme an dem Generalstreik verhaftet worden waren, mit Faustschlägen, Fußtritten und der Keitpeitsche von dem Untersuchungsamt so schwer mißhandelt worden, daß man nach vier Tagen noch deutlich die Spuren sehen konnte.

Damit sind nur die größten Umrisse von den Drangsalierungen der Bevölkerung durch die Franzosen gezeichnet. Aber sie genügen, um die Stimmung der Bevölkerung in diesen Gebieten verständlich zu finden. Wenn unter solchen Umständen die nationalstündigen Bestrebungen im Sinne der ehemaligen Vaterlandspartei immer tiefer Wurzel schlagen und nach alten Methoden althergebrachte Gedanken geküßelt werden, so haben wir die Pflicht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dem französischen Volke und den französischen Sozialisten über das gefährliche Treiben ihrer Militaristen im besetzten Gebiete die Augen geöffnet werden.

Zu welcher gereizten Stimmung es bereits gekommen ist, zeigen ja die Streiks und Unruhen in Elsas-Lothringen, im Saargebiet, in der Pfalz, in Birkenfeld und Rheinbessen — kurz überall, wo die französischen Militaristen, die gern mit ihrer Ritterlichkeit prahlen, ihren Wirkungskreis haben. Ihr Wirken und Wüten ist ein schweres Hindernis für die Annäherung und Verständigung der Völker zu beiden Seiten des Rheins.

Gegen die Blockade Rußlands.

Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Antwortnote überreichen lassen:

Auf die vorige Note Nr. 1849 G vom 28. Oktober beehrt sich die deutsche Regierung Nachstehendes zu erwidern: Die deutsche Regierung hat ständig durch Wort und Tat bewiesen, daß sie sich der schweren Gefahren voll bewußt ist, die eine Ausbreitung des Bolschewismus für Kultur und Wirtschaftsleben aller Völker bedeutet. Die deutsche Regierung hat selbst im eigenen Lande nicht unerhebliche kommunistische Bewegungen erlebt und mit Erfolg bekämpft. Sie war deshalb in der Lage, über die Ursachen und die Ausbreitung bolschewistischer Strömungen eigene Erfahrung zu sammeln, auf Grund deren sie es für ihre Pflicht hält, darauf hinzuweisen, daß ihr die von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagenen Maßnahmen gegen das bolschewistische Rußland den gewollten Zweck nicht zu entsprechen scheinen.

Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren die Wirkungen der Hungerblockade

in ihrer ganzen Furchtbarkeit gespürt, es weiß, daß unter ihr in erster Linie Kinder und Greise, Frauen und Kranke, also an der Kriegsführung Unbeteiligte, in grausamster Weise gelitten haben. Es weiß auch, daß die Blockade auf die Geistesoerfassung der Bevölkerung in zersetzendem Sinne gewirkt und die anarchischen Bewegungen nur gefördert hat, statt sie zu hemmen. Es steht zu befürchten, daß sich diese Erfahrungen in Rußland wiederholen würden. Zwangsmassnahmen von außen gelten in Rußland immer als Werkzeug der Reaktion, die von den demokratischen Elementen des Landes bekanntlich noch mehr gefürchtet wird als der Bolschewismus. So werden gerade die demokratischen Kräfte, das härteste Element im Kampfe gegen den Bolschewismus, von ihrem Ziele abgelenkt und gelähmt.

Die antibolschewistische Strömung, die sich tiefer in die Arbeiterkreise hinein erstreckt, als es nach außen hin den Anschein hat, wird nicht durch wirtschaftliche Absperrung, sondern vielmehr dadurch gestärkt, daß sich der daniederliegenden russischen Volkswirtschaft Aussicht auf baldige Hilfe eröffnet. Nur von der Wiederherstellung des für den ruhigen Wiederaufbau Europas so notwendigen Kontakts mit den anderen Völkern läßt sich eine Angleichung des politischen Lebens in Rußland an die europäischen Demokratien erhoffen. Hierzu kommt, daß sowohl nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen wie auch insbesondere nach der Satzung des künftigen Völkerbundes im vorliegenden Falle die Voraussetzungen für

die Verhängung einer wirtschaftlichen Blockade nicht gegeben sein dürften.

Aus allen diesen Gründen hält die deutsche Regierung nach wie vor die von ihr vertretene Politik der

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten

Rußlands nicht nur für grundsätzlich berechtigt, sondern auch für tatsächlich zweckdienlich. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Beteiligung Deutschlands an dem von den alliierten und assoziierten Regierungen geplanten Vorgehen nach Lage der Verhältnisse kaum von politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein würde, da Rußland zur See von den alliierten und assoziierten Regierungen blockiert ist und zu Lande eine gemeinsame deutsch-russische Grenze nach Inkrafttreten des Friedens nicht mehr bestehen wird.

Die deutsche Regierung ist bereit, sich an einer Aussprache über die in Betracht kommenden Fragen, deren weltpolitische Bedeutung sie gebührend wertet, zu beteiligen. Sie wird sich allen ihr irgendwie zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des Schutzes gegen den Bolschewismus erreichen helfen, gern anschließen.

Die deutsche Regierung kann jedoch nicht umhin, in erster Form darauf aufmerksam zu machen, daß ein Zusammenwirken der Mächte nur dann ersprießlich sein könnte, wenn neben der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses auch die Achtung und lokale Anerkennung der gegenseitigen Rechte gesichert ist. Daß diese Voraussetzungen vorliegen, kann aber solange kaum angenommen werden, als die alliierten und assoziierten Regierungen es für angängig erachten, in demselben Augenblick, in dem sie Deutschland zur Teilnahme an einer Blockade auffordern, über deutsche Küsten und deutsche Schiffe selbst Blockademassregeln zu verhängen.

Die Politik der Entente gegen das bolschewistische Rußland kann nirgends Bewunderung erregen. Man unterstützt Denkin, Kolltschak und Judenitsch, ohne ihnen zu durchschlagenden Erfolgen verhelfen zu können. Man zwingt die Deutschen erst, gegen ihren Willen, mit den Alliierten gegen die Russen zu kämpfen, befiehlt ihnen dann, das Land zu räumen, und verhängt über das deutsche Volk eine neue Blockade, weil die Räumung nicht so schnell und so vollständig erfolgt, wie das deutsche Volk und die deutsche Regierung selber wünschen. Während man so die schärfsten Mittel anwendet, um die Teilnahme von Deutschen an militärischen Operationen gegen Rußland zu verhindern, fordert man Deutschland auf, den Kampf gegen Rußland in der Form der Blockade wieder aufzunehmen. Auf gut berlinisch sagt man in solchen Fällen: „Maus aus die Kartoffeln, rin in die Kartoffeln!“

Die Herstellung des Friedens im Osten ist eine gemeinsame Angelegenheit der Menschheit. Die Wiedereingliederung Rußlands in die Volkswirtschaft ist eine brennende Notwendigkeit für Rußland und für die ganze übrige Welt. Sie darf nicht verzögert werden aus übertriebener Angst vor der bolschewistischen Infektion, die kein starkes Vertrauen in die eigene Gesundheit zeigt. Maßnahmen gegen sie sind auch denkbar, wenn russische Rohstoffe nach dem Westen, westliche Industrieprodukte nach dem Osten passieren, wenn der internationale Handel und Wandel wieder aufgenommen wird. Und wenn mit russischen Gütern bolschewistische Ideen eingeschleppt werden können, warum nicht auch mit englischen Baumwollstoffen und deutschen Instrumenten demokratische?

Eine europäische Völkervereinigung, die die Dinge mit aller Ruhe betrachtet, könnte wohl Nützliches wirken. Und so zeigt die deutsche Note den richtigen Weg, um die Lösung des Rußlandproblems herbeizuführen, ohne die eine friedliche Neuordnung der Welt und ihre Erholung von der Erschöpfung des Krieges nicht möglich ist.

Protest gegen die Ostseeblockade.

Die deutsche Regierung hat in Paris eine Note wegen der in der Ostsee angeordneten Hungerblockade gegen Deutsch-
land überreichen lassen. Darin wird dargelegt, daß die Sperrung der Ostsee und selbst die Blockade der Küstenschiffahrt ein Eingriff ist, der nicht nur die Küstenbevölkerung, sondern durch die Unterbindung der Nahrungsmittelzufuhr über die Ostsee das ganze

Neue Wege künstlerischer Volksbildung.

Arbeitervereinigungen in den Staatstheatern und anderen.

Zum erstenmal öffnen die ehemaligen königlichen Theater ihre Pforten der Arbeiterklasse. Ein nie erfüllter Wunsch unzähliger kunstliebender Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung wird nun erfüllt: die Vorstellungen im Schauspielhaus und in der Oper, die in der Vorkriegszeit nur den zahlungskraftigsten Kreisen zugänglich waren, werden nun für annehmbare Eintrittspreise an alle Schichten der Arbeiterklasse an bestimmten Wochenabenden abgegeben.

Während das fegenreiche Bienen der Volkshäuser und die Einrichtungen der Parteien und der Gewerkschaften es den Arbeitern schon lange ermöglichten, das Schauspiel kennen zu lernen, war es bis vor etwa 10 Jahren unmöglich, Opernaufführungen zu vollständigen Preisen zu veranstalten. Nur ausnahmsweise wurden einzelne Opernvorstellungen, meist in Nachmittagsaufführungen, zweiter Güte zu solchen Zwecken — und sehr mit Auswahl — gegeben. Damals befriedigte die Gründung des Charlottenburger Deutschen Opernhauses ein dringendes Bedürfnis: die Einziehung der sehr stark gestaffelten Eintrittspreise (von vorn Vertreter der künstlerisch orientierten Arbeiterorganisationen mitgewirkt hatten) ließ eine Anzahl Plätze in den oberen Rängen für die Arbeiterklasse frei.

Nun ist die neue Intendanz, im Einvernehmen mit dem Kultusministerium und nach Beratungen mit den Vertretern der im Aktionsausschuß zusammen tätigen Beauftragten der Groß-Berliner Arbeiterklasse, zu einer grundlegenden Änderung des bisherigen Modus gelangt. In beiden Staatstheatern sollen Abendvorstellungen an bestimmten Wochentagen für eine relativ geringe Summe an die Organisationen vergeben werden. Dies wird bekanntlich dadurch möglich gemacht, daß die bei Premieren erzielten Ueberschüsse hierfür verwendet werden. So erklärt sich, warum die Eintrittspreise zur Eröffnung der „Palastina“ so hoch waren, worüber man schon viel unwillige Bemerkungen hören konnte. Die Kreise der Theaterbesucher, denen kein Eintrittspreis hoch genug ist, um bei „Aufführungen“ oder ähnlichen Gelegenheiten (die ja zum Teil eine reine Frage des gesellschaftlichen Ansehens sind) dabei zu sein, tragen dadurch, wenn auch ungewollt, dazu bei, daß am nächsten Freitag mehr als 1500 Männer und Frauen der Arbeiterklasse dies selbe Werk an derselben Stelle hören können. (Was den Widerspruch gegen jene Chimborassotheater natürlich nicht befeitigen kann; denn dieses notwendige Volks-

kulturwerk kann in keiner Weise von Vergnügungen eines sozial minderwertigen Luxuspublikums abhängig gemacht werden. D. Red.) Ebenso ist das Schauspielhaus mit einer Aufführung von „Minna von Barnhelm“ am Montag zum erstenmal von Arbeitern besetzt.

Freilich: die Zahl der Besucher ist sehr gering im Verhältnis zu der Masse der bildungshungrigen Menschen aus der Arbeiterklasse. Und die neue Intendanz ist sich völlig darüber klar, daß diese und andere Aufführungen, zu denen in kurzen Abständen die beiden Staatstheater uns zur Verfügung gestellt werden, nichts anderes sind, als „Abfahrgeldungen“. So sind noch andere große Projekte in Beratung, die es ermöglichen sollen, in großem Maßstab der werktätigen Bevölkerung künstlerische Vorstellungen zu vermitteln. Das ist in erster Linie eine Frage des Raumes. Und hierfür wird von den Vertretern der beteiligten Kreise seit langer Zeit gearbeitet. Bauen oder Umbauen kostet aber heute solche Summen, daß es erhebliche Schwierigkeiten machen wird, die nötigen Summen zu gewinnen. Es zeigt sich immer deutlicher die Notwendigkeit, ein eigenes Volkshaus in Groß-Berlin zu schaffen, das den Mittelpunkt für alle der Kultur dienenden Bestrebungen des Volkes bilden muß. Wir brauchen dringend nicht nur Theaterräume, sondern ebenso nötig große und mittlere Säle für Konzerte, für Vorträge (unpolitischer Art), für Kurse und alle mit dem Begriff der Volksbildung, Volkshochschule und ähnlichen zusammenhängenden Veranstaltungen. Ob sich dies auf genossenschaftlicher Grundlage oder anders bewerkstelligen läßt, wird noch beraten. Alle Kreise sind in gleichem Maße daran interessiert, daß sich ein Mittelpunkt geschaffen wird. Jeder hat das brennendste Interesse daran, daß die kapitalistische Arbeitsbranche nicht alle für wichtigere und edlere Bestrebungen vorhandenen oder zu schaffenden Räume besetzt.

Aber vorläufig muß man zufrieden sein, daß wenigstens der erste Schritt gemacht ist; die Staatstheater sind dem Volke geöffnet, zum erstenmal hören unsere Arbeiter unter Leitung der ersten Kapellmeister das herrliche Orchester, die ausserlesenen Solisten und das Ensemble der Oper; die großen Meisterwerke der dramatischen und musikalischen Kunst werden ihnen für ein Geringes in musterhafter Aufführung zugänglich gemacht.

Dr. A. G.

Eine freiwillige Filmzensur schlägt der Verein der Lichtbildtheaterbesitzer Groß-Berlins seinen Mitgliedern vor. Bis zur Einführung einer Reichsfilmzensur soll ein Prüfungsamt eingesetzt werden, der besetzen soll aus zwei Theaterbesitzern, einem Herrn, den der Polizeipräsident von Berlin bestimmt, einem Kultusbeamten

und einem Theaterbesitzer als Obmann. Dieser Ausschuss soll eine freiwillige Zensur über sämtliche Filme und Darbietungen von Lichtbildtheatern von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg ausüben. Die Theaterbesitzer sollen verpflichtet werden, mit solchen Darbietungen in ihren Lichtspieltheatern zu veranstalten, die von diesem Ausschuss genehmigt sind. Bei Zuwiderhandlungen soll für jeden Fall eine Strafe von 5000 R. verhängt werden. Eine Mitgliebersammlung soll über diesen Vorschlag entscheiden.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß eine Körperkraft, in der die Filmtheaterbesitzer die Mehrheit haben, die Befreiung der anrüchigen Aufklärungs- und Schandfilme so besorgen wird, wie die geistige Volkspflege es fordern muß. Zusammen ist der Plan des Vereins ein Zeichen, daß die Strömung, die den besagten Filmern zu Leibe will, von den Lichtspielkapitalisten als beachtenswert anerkannt wird.

Dr. Drems, der ehemalige Berliner Polizeiarzt, der 1914 wegen seines wissenschaftlichen Standpunktes in der Salvarsanfrage vom Polizeipräsidenten v. Jagow gemahregelt wurde, ist nunmehr vom Wohlfahrtsministerium zum Mitglied des ständigen Beirats des Ministeriums zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Regelung der Prostitutionsfrage berufen worden. Drems hat der Landes- und Rationalversammlung seinen in der Öffentlichkeit bereits viel diskutierten Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Regelung der Prostitutionsfrage vorgelegt, der — auf der „allgemeinen, gleichen, diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht“ beruhend, — ein völlig diskretes Seuchengesetz schafft.

Theaterkunst ist das Thema einer Ausstellung, die auf Anregung und nach einem Plan des Forschers der Theatergeschichte, Prof. Oskar Fischel, die Akademie der Künste 1920 in ihren Räumen am Pariser Platz aus öffentlichem und privatem Besitz zu veranstalten beschloßen hat. Sie soll dem Künstlerischen der Szene eine lebendige Vorstellung bieten. Werke bildender Kunst aus allen Jahrhunderten, griechische Terrakotten, gotische Holzschneidereien, Porzelle, Gemälde, Skulpturen des achtzehnten Jahrhunderts werden die ältere Zeit repräsentieren, das erfolgreiche Streben der Künstler unserer Tage zur einheitlichen Gestaltung des Bühnenbildes soll aus ihren Entwürfen zu erkennen sein. Die Entwicklung des Stils, das Sichbare der Bühnenkunst und die Rückwirkung des Theaters auf die bildende Kunst werden so zu lebendiger Anschauung kommen.

Aus Webedings Nachlaß, dem unvollständigen, trug im Künstlerhaus Gustav Herrmann eine Reihe Gedichte vor. Das Wesen des Dichters wird durch diese Gedichte bezeugt, wie man es kennt. Das Gedicht „gesprochene Gedichte“, ein Selbstporträt in lockerer deutscher Versen, betont lampenrecht das Bauwerk, nie dem Höhen der Reichweite gepreht zu haben. Das kann immerhin Registrator ein Bild sein, für Einzelne Webedingscher Dichtung

Abschluß der Etatberatung.

Donnerstagssitzung der Nationalversammlung.
(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Abg. Mumm (Dnat.): Herr Erzberger hat am 2. September 1914 sogar die Normannischen Inseln für Deutschland verlangt. Herr Dr. David sollte sich zunächst lieber mit Herrn Erzberger und anderen Mitgliedern seines Kabinetts auseinandersetzen. (Sehr richtig!) Ich kann auch noch als Ohrenzeuge das Wort des Herrn Scheidemann über die „alten Herren von 1814“ anführen, an deren Grenzsteinsetzung er sich nicht zu kehren erklärte.

Abg. Scheidemann (Sog.): Nachdem gestern der Abg. Mittelmann den total mißglückten Versuch gemacht hat, mich zum Anverweilen zu stempeln, wird das heute vom Abg. Mumm fortgesetzt. Gestern war ich überrascht, heute nehme ich die Sache nur noch von der heiteren Seite. Mancher begreift es eben nie, und selbst dann nicht. Dazu gehört Herr Mumm, Scheints, auch! (Geister!)

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Pfeiffer (S.) erklärt Reichsminister des Inneren Müller: In Deutschland befindet sich kein belgischer Gefangener mehr.

Abg. Lobe (Sog.): Das Reich hat ein Interesse daran, daß der Absatz nach der Tschecho-Slowakei gefördert wird und wir von deren landwirtschaftlichen Ueberflüssen (die nicht abgeliefert, sondern verschlepphandelt werden. Red.) etwas hereinbekommen. Wir bitten dies durch eine Zweigstelle für Ein- und Ausfuhrbewilligungen in Breslau zu erleichtern, so daß der Umweg über Berlin vermieden wird. Da wir so viele große Städte im Osten abtreten müssen, bleibt Breslau der einzige große Handelsplatz des Ostens.

Oberst Reinhardt: Meine besondere Fürsorge gehört der Verpflegung der Mannschaften. Gegenüber dem Abg. Haas muß ich bemerken: Ich weiß persönlich, daß es Rubendortz stets außerordentlich schwer geworden ist, Daries für die Truppen zu beschaffen.

Abg. Kahl (D. Sp.) verteidigt die Unbedürftigkeit der Angriffe, die Abg. Singheimer (Sog.) bei der zweiten Lesung gegen sie gerichtet hat.

Abg. Dr. Singheimer (Sog.): Diejenigen Juristen, die nur Juristen sind, sind schlechte Juristen. Zur Sachkenntnis muß die Kenntnis des tatsächlichen, die Kenntnis der sozialen Zusammenhänge kommen. Die Praxis allein genügt nicht. Der Sinn dafür muß schon bei den Studenten gepflegt werden. Der Jurist muß nicht nur das geltende Recht anzuwenden verstehen, sondern auch rechtspolitisches, gesetzesgerichtetes Verständnis bekommen. Die Ausbildung der jungen Juristen, die später unsere leitenden Beamten sein werden, gehört zu den wichtigsten Problemen. (Beifall bei den Sog.)

Reichsjustizminister Schiffer: Diese Frage gehört zur Zuständigkeit der Länder; doch hat das Reich großes Interesse daran, daß die Juristen einheitlich ausgebildet werden. Daher werden wir Besprechungen darüber mit den Einzelstaaten führen.

Abg. Stollen (Sog.): Ich weise auch hier bei der dritten Lesung auf unsere Resolution hin, die die Regierung auffordert, den neuen Landesfinanzämtern möglichst bald eine gesetzliche Grundlage zu geben. Nach Möglichkeit muß eine Verständigung mit den Einzelstaaten darüber zustande kommen. Für Hamburg und Bremen kann das jetzige Provisorium nicht bestehen bleiben.

Reichsfinanzminister Erzberger verspricht, bei der zweiten Lesung der Reichsabgabenordnung einen derartigen Gesetzentwurf vorzulegen.

Es folgt die

dritte Lesung

des Etatsgesetzes

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat. Sp.): Wir lehnen den Etat ab. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Selbstverständlich müssen die Löhne und Gehälter weiter gesenkt werden, aber wir können für diesen Etat die Verantwortung nicht übernehmen. (Lachen bei der Mehrheit.) Er gibt keinen Ueberblick über unsere finanziellen Verpflichtungen. Wir wissen auch gar nicht, ob die veranschlagten Steuern wirklich einkommen werden. Dann haben wir auch schwerste Bedenken gegen die Zahl und die Besoldung der Beamten. Hier fehlt es völlig an der so viel gepriesenen Sparlichkeit. (Unruhe bei der Mehrheit.) Der Etat bringt nicht das Ende der seit der Revolution immer noch geliebten Rikwirtschaft. Aus sachlichen Gründen lehnen wir den Etat ab. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heinke (D. Sp.): Die Deutsche Volkspartei hat zahlreiche einzelnen Voten des Etats zustimmen können. Nach den Gepflogenheiten parlamentarisch regierter Länder bedeutet aber

die Zustimmung zum Etat selbst den Ausdruck des Vertrauens zu der jeweiligen Regierung. Wir werden daher gegen den Gesamtetat stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Seeger (U. Sog.): Wir lehnen den Etat selbstverständlich ab. Eine Regierung, die sich nur stützt auf Gewalt, die jede sozialpolitische Maßregel nicht ausführt, die zehn Monate lang den Belagerungszustand aufrecht erhält, wird abwirtschaften. Wir lehnen deshalb den Etat ab. (Beifall bei den U. Sog.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Die ablehnende Haltung der Unabhängigen und der Rechten hat uns nicht überrascht. Die Vergrößerung der Deutschnationalen steht aber mit der Wahrheit in Widerspruch. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Daß die Steuern nicht einkommen würden, ist kein Grund für die Ablehnung des Etats. Wäre es nach den Deutschnationalen gegangen, so wären die Ausgaben noch höher geworden. (Hört, hört! bei der Mehrheit.)

Abg. Bachnide (Dem.): Ich beneide die Parteien der Rechten nicht um die Gesellschaft, in die sie geraten sind: äußerste Rechte und äußerste Linke innig verbunden! (Lachen rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Die Steuerkränkung ist zu scharf angezogen. An unerfahrene Leute werden Ministergehälter gezahlt. Wir haben nicht nur kein Vertrauen zur Regierung, sondern tiefstes Mißtrauen. (Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister Erzberger (zur Rechten): Das Mißtrauen beruht auf Gegenseitigkeit. Als Parteipolitiker könnte ich mich über den großen Fehler der Etatablehnung freuen. Das deutsche Volk wird das nicht so leicht vergessen.

Abg. Scheidemann (Sog.): Der Staatsminister a. D. Heinke und der Vizelanzler a. D. Delbrück lehnen den Etat ab! Das ist eine reizvolle Neuheit! Früher wurden wir als Vaterlandlos geächtet, wenn wir das gleiche taten. Wenn von Rikwirtschaft gesprochen wird, so ist das nur die Folge ihrer (nach rechts) Rikwirtschaft. Ich wünsche der Rechten weiterhin gute Verfassung. (Geister! Beifall.)

Abg. Dr. Heinke (D. Sp.): Abg. Scheidemann hat unrecht. Die Verhältnisse liegen heute anders. Als die Sozialdemokratie den Etat ablehnte, gab es eine von der Volksvertretung unabhängige Regierung. Heute aber haben wir die parlamentarische Regierungsform. (Beifall rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Rikwirtschaft ist, wenn überflüssige Minister angestellt und die Kriegsgesellschaften nicht abgeschafft werden.

In der Gesamtabstimmung wird der Etat gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen angenommen.

Die Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird angenommen. Dann werden Petitionen und die Berichte der Ausschüsse für Volkswirtschaft und für soziale Angelegenheiten erledigt.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag, den 20. November, nachmittags 3 Uhr. (Die Tagesordnung wird später vom Präsidenten mitgeteilt werden.)

Schluß gegen 2 Uhr.

Sitzung des Reichsrats.

Die Nationalversammlung hat im Etat Erhöhungen in einer Gesamtsumme von 603 Millionen Mark vorgenommen. Der Ausschuß des Reichsrats hat sich mit diesen Erhöhungen beschäftigt und bemerkt, daß darin

keine Unterstützung der Sparmaßnahmsbestrebungen

der Regierung zu finden sei. Ein Teil der Erhöhungen bezieht sich auf unrentable Beträge. Diefem hat der Ausschuß zugestimmt, ebenso den beim Reichshauptamt eingeschlagenen Summen. Hier handelt es sich um die Kosten für die Befahrungen, soweit sie sich berechnen lassen. Sie sind eingeseht worden, damit die Welt nicht mit welchen ungeheuren Summen wir befaßt werden. Mit einigen anderen Posten dagegen hat sich der Ausschuß nicht ohne weiteres einverstanden erklären können, da er sie für unbedeutend hält. So hat die Nationalversammlung zwei vortragende Räte, die der Reichsrat gestrichelt hatte, wieder eingesetzt. Außerdem konnte die Summe von einer halben Million für Schul- und Erziehungs- sowie gesundheitsliche Zwecke nicht als im Augenblicke unbedingt erforderlich anerkannt werden. Wenn der Ausschuß schließlich doch seine Zustimmung gegeben hat, so ist dies aus dem Grunde geschehen, weil die Ablehnung der Beschlüsse einen Konflikt herbeiführen würde. Darauf könne man es aber nur bei

grundfählichen Fragen antworten lassen. Außerdem besteht jetzt eine Zwangslage, da am 31. die Frist für den Etat abläuft.

Der Vorsitzende, Reichsminister Dr. David, drückte seine Freude darüber aus, daß der Ausschuß seine Zustimmung gegeben hat. Der Wille zur Sparsamkeit ist bei der Reichsregierung vorhanden, aber bei der sachlichen Begründung für verschiedene Posten können Meinungsverschiedenheiten vorkommen. Wenn der Reichsrat zwischen der zweiten und dritten Lesung in der Nationalversammlung mit dem Etat befaßt wird, so ergeben sich Schwierigkeiten. Die beste Lösung würde sein, wenn der Reichsrat zwischen der zweiten und dritten Lesung nicht mit dem Etat befaßt würde. Daraus wird der Etat angenommen. Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen stimmte der Reichsrat dem Entwurf einer Verordnung betreffend die Begründung der Zuständigkeit des Reichswirtschaftsgerichts durch Vereinbarung zu, desgleichen mit unbedingten Änderungen dem Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages (Kosten 14 Millionen! Red.). Nach diesem Entwurf wird den Ländern das Enteignungsrecht und die Beschlagnahmefugnis gegeben. Für die Besetzung der zum 1. Januar 1920 frei werdenden Stelle des Präsidenten des Reichswirtschaftsgerichts wird vom Ausschuß der Unterstaatssekretär des Reichsjustizamts, Heinrich Delbrück, vorgeschlagen. Der Reichsrat erklärt sich damit einverstanden.

Groß-Berlin

Der Sicherheitswachmeister Hermann — ein Opfer unerhörter Brutalität!

Die Feststellungen der Kriminalpolizei haben folgendes ergeben: Hermann ist von Stralau-Nummelsburg kommend, gegen 4 Uhr morgens vor dem Hause Frankfurter Allee 331 in eine Gruppe von mehreren Männern geraten, von denen der eine ihn als „Kostegardist“ händelte. Er fragte Hermann, ob er keine andere Beschäftigung gefunden hätte, was Hermann verneinte. Nunmehr zog der Betreffende ohne weiteres den Dolch des Hermann aus der Scheide und steckte ihn zu sich. Als der Sicherheitswache auf entsprechende Frage den Besitz einer Schusswaffe verneinte, hielt ihn der Täter mit den Worten: „Aber ich habe eine Schusswaffe!“ eine Pistole unmittelbar vor das Gesicht und drückte gleichzeitig ab. Hermann sank lautlos, blutüberströmt zu Boden und starb gleich darauf. Der Täter ging mit zwei anderen Männern, als sei nichts geschehen, durch die Petersburger Straße dem Voltenplatz zu. Diese drei Männer waren augenscheinlich schon vor der Tat in einem Lokal über die Polizeistunde hinaus gewesen und dürften nicht nur dort, sondern auch auf der Straße wegen ihres lärmenden Verhaltens aufgefallen sein. Sie wollten, wie aus ihren Aussagen hervorging, noch ein weiteres Lokal besuchen und haben anscheinend zu diesem Zwecke sich an der Tür des Hauses Nr. 331 mit Dietrich oder Salüffel zu schaffen gemacht. Der Vorfall ist von mehreren Zeugen beobachtet worden, insbesondere von zwei Männern, die gleich nach der Tat an der Ecke der Petersburger Straße mit Straßenbahnern über den Vorfall gesprochen haben. Diese beiden Männer sowie die Begleiter des Täters, die ja sämtlich mit der Tat nichts zu tun haben, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich bei den Kriminalkommissaren Gennat und Zietlin, Zimmer 61, umgehend zu melden, ebenso die Schankwirte, deren Lokal die beschriebenen drei Leute in der Nacht zum Dienstag in früher Morgenstunde in ammierter Stimmung verlassen haben. Vertrauliche Verhandlung aller gemachten Mitteilungen wird zugesichert.

15 Stunden leblos im Sarg.

Der Fall der Krankenpflegerin Minna Braun, die im Brunwald leblos aufgefunden, und dann zu einem Arzt gebracht wurde der die Einsargung des Mädchens veranlaßte, da er keine Tätigkeit der Atmungsorgane oder des Herzens mehr feststellen konnte, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Die Krankenpflegerin hat einen Selbstmordversuch begangen. Sie erkrankte sich eine größere Dosis Morphinum und Veronal an. Nachdem sie im Brunwald kundenlang plantlos umhergeirrt war, nahm sie das Gift in einer Dosis, die den Tod eines weniger widerstandsfähigen Menschen unweigerlich herbeiführt haben würde. Der Zustand des jungen Mädchens hat sich im Laufe des Tages so gebessert, daß Hoffnung besteht, sie am Leben zu erhalten. Zu dem medizinisch sehr inter-

Montrose.

10] Detektivroman von Sven Elvstad.

„Vielleicht“, murmelte Krag, „nun lassen Sie mich aber etwas Näheres über die römischen Biffen I, II und III erfahren.“

Keller breitete seine Papiere aus und las:

I. Arnold Singer, gibt an, daß er fünfunddreißig Jahre alt und nicht vorbestraft ist, weder seine Fingerabdrücke, noch seine Photographie sind in der Signalementabteilung der Polizei vorhanden. Behauptet, nichts von dem Verbrecher bei Abbe Montrose zu wissen. Gibt auf fallend spärliche Aufschlüsse über sein Leben. Hat Gärtnerei in der Sandelsgärtnerei bei Hobbemas in Amsterdam gelernt. Verließ diese, als er siebzehn Jahre alt war, ist später zur See gefahren und hat bald hier, bald dort Arbeit gehabt. Auf die direkte Frage, ob er vor ungefähr drei Jahren als Dekorateur im Hotel „Zum vergoldeten Pfau“ gearbeitet hat, gibt er dies ohne weiteres an. (Siehe unter II.) Gibt an, daß er vorige Woche als Gärtner in Abbe Montroses Garten gearbeitet und dafür dreißig Kronen erhalten hat. Eine von der Hand des Abbes gemachte Anzeichnung bestätigt diese Behauptung. Erklärt, daß er während der Arbeit im Garten die Photographie, die später in der Bibliothek gefunden wurde, verloren hat. Die Photographie zeigt deutliche Fingerabdrücke und Flecken von Gartenerde. Es sind Arnold Singers Fingerabdrücke. (Kellers private Anmerkung: Die Polizei muß zugeben, daß die Umstände betreffs der Photographie den Arbeiter Arnold Singer entlasten.)

II. Clara Wist-Singer, Tochter der Wirts „Zum vergoldeten Pfau“. Verheiratete Arnold Singer vor drei Jahren kennen, als er als Dekorateur im Hotel ihres Vaters arbeitete. Heiratete ihn einen Monat darauf. Erklärt, daß sie ihren Mann über alle Maßen liebt, erklärt ferner, daß ihr Mann ein Muster von Ordnung und Fleiß ist. Alle vierzehn Tage gab er ihr von seinem Verdienst genug, um den kleinen Haushalt zu führen. Er war fast den ganzen Tag auf Arbeit, sogar häufig des Nachts, wenn er an entlegenen Orten Arbeit hatte. Gibt zu, daß sie sich bisweilen darüber gewundert habe, daß Arnold keine feste Arbeit hatte. Gesteht ferner,

daß sie unruhig war, wenn er mehrere Tage fort blieb und daß sie dann auf den Gedanken verfiel, daß er etwas Geheimnisvolles an sich habe; sobald er sich aber zeigte, verfiel diese Unruhe wieder. Zweimal hatte sie ihn zufällig im Besitz bedeutender Geldsummen gesehen, mehrerer großer Scheine. Als sie ihn aber fragte, wie es mit diesem Geld zusammenhinge, hat er laodend Ausflüchte gemacht und gesagt, daß er etwas für einen Freund zu besorgen habe. Diesen Freund hatte sie nie gesehen. Arnold verkehrte mit niemandem, und es kam niemand in ihr Haus. Sie bestätigte in allen Punkten die Erklärung, die ihr Mann von den Ereignissen der Nacht gegeben hatte. Sie glaubte nicht, daß Arnold später als zwei, halb drei Uhr nach Hause gekommen sei (die Verbrecher verließen den Garten um drei Uhr), doch konnte sie es nicht mit Bestimmtheit sagen. (Kellers private Anmerkung: Geht man von dem Verdacht aus, daß Arnold Singer ein Verbrecher ist, stellt sich das Erleben des jungen Paars als ein typisches Bild der Ehe eines Verbrechers dar. Arnold verheimlicht seiner Frau, daß er von gestohlenem Gut lebt. Wenn er nachts auswärts ist, was Verbrecher oft sein müssen, kommt er mit betrügerischen Ausflüchten. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist es auch ganz natürlich, daß Arnold seiner Frau nicht sagen kann, daß er feste Arbeit hat. Sonst hätte sie ihn leicht auf Lügen ertappen können. Alles deutet darauf hin, daß er seine Verbrechen um jeden Preis vor seiner Frau, die er liebt, verbergen wollte. Er ist der Typ eines modernen Verbrechers, der ein freundliches Familien- und ein dunkles Verbrecherleben führt, eines dieser schlauen, kaltblütigen Individuen, die eine große Gefahr für den Staat sind. Mit großer Gefahr verucht er jetzt zu retten, was noch zu retten ist. Es postete ihm nicht, daß der leichtsinnige Charlie sich heruntrieb, Charlie konnte ihn leicht in Gefahr bringen, und da sich ein Ausweg bot, ihn los zu werden, benutzte er ihn gern. Er hat ohne Zweifel in Gemeinschaft mit Kameraden das Verbrechen in der Bibliothek begangen. Eine ganz zufällige Spur hat die Polizei zu der idyllischen Villa hingeführt.)

III. Charlie Wist, Bruder von II, Sohn des Wirtes „Zum vergoldeten Pfau“. Ein leicht zu durchschauendes Subjekt, das eine untergeordnete Rolle spielt. Er wurde gestern aus dem Gefängnis entlassen, wo er seine erste Strafe abgeessen hatte, und wandte sich an die Schwester, statt an

den Vater, dem er nicht unter die Augen zu treten wagte. Als er nachts von Singer das Reisegeld erhielt, bekam er gleich den Verdacht, daß ein armer Arbeiter nicht ohne weiteres über solche große Summe verfügen könne. Und als die Polizei morgens auftauchte, schleuderte er das Geld fort, weil er nicht in die Strahlen des Gerichts geraten wollte. (Kellers private Anmerkung: Charles Darstellung ist Punkt für Punkt durch die Nachforschungen bestätigt worden. Er hatte einen Platz an Bord des Dampfers „Argo“ genommen, der um neun Uhr nach Argentinien abgehen sollte und auch abgegangen ist. Die Ereignisse haben ihn zum Ausschub seiner Reise gezwungen.)

„Das ist alles“, sagte Keller.

„Viel ist es ja nicht, dennoch übernehme ich es auf Grund dieser flüchtigen Angaben, Arnold Singers Teilnahme an dem Verbrechen festzustellen. Jetzt gilt es nur noch, seiner Mitschuldigen habhaft zu werden. Und es scheint fast, als ob Sie bereits den einen aufgepißt hätten. Lassen Sie hören.“

Krag hatte keine Aufzeichnung gemacht, halb scherzhaft aber ging er mündlich auf Kellers Protokollstil ein.

Er sagte:

„Römische Biffen IV. Hans Christian Andersen, Leichnam, auf dem Segler „Eddystone“, Besitzer dieses Holztisches in leuchtenden spanischen Farben, das in der Bibliothek gefunden worden ist. Hat auf Grund desselben zweifellos an dem Ueberfall auf Abbe Montrose teilgenommen. Befam gestern morgen Landurlaub, hat sich später nicht wieder an Bord gezeigt. Als der Kapitän erfuhr, daß die Polizei gerne Hans Christians habhaft werden wollte, antwortet er, das wolle auch er lieber wie fern. Es zeigt sich nämlich, daß der Matrose im stillen alle Wertgegenstände des Kapitäns mitgenommen hat. Er ist mit anderen Worten durchgebrannt, und muß überall anders als an Bord der „Eddystone“ gejagt werden.“

Sie können Sie“, fuhr der Detektiv fort, „als private Anmerkung von Krag hinzufügen: Diese Flucht beweist, daß das Verbrechen in der Bibliothek des Abbes bereits längere Zeit geplant war. Daß dieser Plan aber auf einen Matrosen an Bord eines Schiffes, das gerade von einer langen Reise zurückgekehrt war, zurückzuführen ist, macht die Sache noch rätselhafter.“

(Fortf. folgt.)

essanten Fall gibt Dr. Wagner, der Fräulein Braun zuerst untersuchte, folgende Darstellung: Ich habe die mit im Krankenwagen zugeführte Unbekannte ärztlich eingehend untersucht. Ich fand dieselbe exstarrt, völlig pulslos, ohne Atmung und ohne nachweisbare Veratätigkeit, der Hornhautreflex fehlte, eine weitere wissenschaftliche Probe blieb gleichfalls negativ. Auf Grund dieses Befundes müßte ich zu der Überzeugung kommen, daß der Tod bereits eingetreten und wahrscheinlich durch Gift herbeigeführt war. Es ist nur anzunehmen, daß durch Kälte und starke Gifteinwirkung zusammen der an sich noch völlig leblose Zustand eingetreten war, so daß ich von dem Tod überzogen sein mußte. — Einen gleichlautenden Bericht habe ich an die zuständige Behörde bereits eingereicht.

Die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft

Nachdem gestern ein vorzeitiges Ende. Der Besuch war so außerordentlich stark, daß der große Saal des Lehrervereinshauses sich rasch füllte und bei Beginn der Versammlung die Teilnehmer schon bis in den Vorraum hinein drängten. Die Leitung wurde, weil der erste Vorsitzende des Aufsichtsrates erkrankt war, dem zweiten Vorsitzenden Paul Lange übertragen. Den Redenschaftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete der zweite Geschäftsführer O. Schulze. Die allgemeine Verteuerung habe den Geschäftsgewinn ungenügend beeinflusst, die Betriebskosten seien wieder beträchtlich gestiegen, besonders infolge Erhöhung der Ausgaben für Gehälter und Miete. Eine Zeilung habe man geäußert, überhaupt keine Rückvergütung mehr ausgeben zu können, doch gestattete das Ergebnis noch 2 Proz. Die Erhöhung des Eigenkapitals durch schnellere Vollaufzahlung des Geschäftsanteils und eine Stärkung der Reserven seien unbedingt nötig, aber nach der Bilanz stiehe die Genossenschaft noch gut da. Der Mitgliedszuwachs aus den Kreisen der Beamten und der Staatsarbeiter sei, obwohl seit der Novemberrevolution für sie alle Bedenken und Hindernisse gefallen sind, noch nicht erheblich gewesen. Während des Referates machte sich eine wachsende Unruhe bemerkbar, hervorgerufen durch die Heberfüllung des Saales, gegen die in Zwischenrufen immer wieder Abhilfe verlangt wurde. Ein Antrag, zu bezogen und eine neue Versammlung nach einem größeren Saal einzuberufen, wurde abgelehnt. Den Vorschlag, daß die zur Galerie zugelassenen Zuhörer den stimmberechtigten Genossenschaftsmitgliedern Platz machen sollten, wies der Vorsitzende Lange als schwer durchführbar ab. Es sei, meinte er, sehr fraglich, ob die Zuhörer gehen würden. Die letzten Tische wurden aus dem Saal hinausgeschafft, aber auch das befriedigte nicht. Ein Versammlungsmitglied bemängelte, daß in einer durch den „Vorwärts“ veröffentlichten, zum Besuch der Versammlung mahnenden Notiz „5 Uhr“ angegeben worden sei. (Lärm.) Der Vorsitzende erwiderte: Vorstand und Aufsichtsrat stehen dem völlig fern. Wir können die „Vorwärts“-Leiter nicht hindern, hier um 5 Uhr eine Versammlung einzuberufen. Ich glaube, daß wir uns noch in einer Versammlung der „Vorwärts“-Leiter befinden. (Gelächter.) (Hiernach schied der Vorsitzende Paul Lange der Heberzeugung gewesen zu sein, daß in dieser Konsumgenossenschafts-Generalversammlung die Leiter des „Vorwärts“ und Mitglieder der S. P. D. die Mehrheit hätten. Red. v. „Vorw.“) Zu einer häßlichen Szene kam es, als Genosse Wuschel auf die Tribüne stieg und gegen diese Behandlung der Angelegenheit Einspruch erheben wollte. Unter andenkendem Lärm sprachen ein paar Redner zur Geschäftsordnung, ohne daß sie sich verständlich machen konnten. Ein neuer Antrag auf Vertagung wurde damit beschützt, daß der „Vorwärts“ zu 5 Uhr eingeladen habe. Vors. Lange: Zunächst muß die Versammlung der „Vorwärts“-Leiter mal geräumt werden zugunsten der Konsumgenossenschaftsmitglieder. Wie wenn nicht auch die anwesenden „Vorwärts“-Leiter selber Konsumgenossenschaftsmitglieder wären! Selbstverständlich wird in den Generalversammlungen durch strenge Kontrolle dafür gesorgt, daß nur Mitglieder der Genossenschaft an den Verhandlungen teilnehmen können. (Lärm v. „Vorw.“) Vorstandmitglied Virus: So können wir die Geschäfte nicht führen. Bei den Wahlen wäre es kaum möglich, die Stimmzettel einzusammeln. Wir müßten vertragen. (Lärmende Zustimmung und Widerspruch.) Die Leidenschaft ist ein schlechter Berater. Wir sind heute handlungsunfähig. In der Abstimmung wurde jetzt die Vertagung beschlossen. Unter großer Unruhe der zum Aufbruch sich befindenden Versammlung forderte ein Teilnehmer die Mitglieder der S. P. D. auf, noch zusammenzutreten. Von der anderen Seite antwortete erregter Widerspruch und Lärm, der sich noch steigerte, als Genosse Wuschel sich Gehör zu verschaffen suchte. Lange daverle es, bis die Wogen der Erregung sich legten und der Saal sich leerte.

Einstellung des Autoomnibus-Betriebs.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Fahrer-Gesellschaft ist genötigt, ihren Kraftomnibusbetrieb jeder Art am Freitag, den 31. Oktober vollständig einzustellen. Sie mußte deshalb auch dem gesamten Personal ihrer Kraftwagenhauptwerkstätte kündigen. Die Fahrer und Schaffner des Kraftomnibusbetriebs werden im Pferdebetrieb weiter beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit des gesamten Personals verringert sich dadurch aber in dem entsprechenden Umfang. Der einzige Grund der Einstellung des Autobetriebes ist der Mangel an Betriebsstoff. Auf die amtliche Mitteilung, daß eine ausreichende Beseitigung nicht mehr möglich ist, hat die Gesellschaft sich angelegentlich bei dem zuständigen Reichs- und Staatsministerium bemüht, aber wegen der geringen Erzeugung ohne Erfolg. Die Stilllegung ist um so bedauerlicher, als die Beseitigung von neu bestellten Kraftwagen bedenklich. Wenn der Autobetrieb wieder aufgenommen werden kann, läßt sich noch nicht übersehen. Es besteht jedoch Aussicht auf geringe Mengen ausländischer Ware. Bei dem Tiefstand des Wertes unseres Geldes wird sich aber der Preis dieses Erzeugnisses sehr hoch stellen, so daß eine Erhöhung der jetzigen Fahrpreise nicht zu umgehen sein wird, um zu versuchen, wenigstens die Selbstkosten zu decken.

Sitzung des Teltower Kreistags.

Nach der Einführung eines neu eintretenden Abgeordneten wurde die Wahl der Amtsvorsteher und Stellvertreter vorgenommen. Es wurde zunächst über die Vorschläge abgestimmt, auf welche sich der Wahlausschuß geeinigt hatte. Bei der Wahl für den Bezirk Alt-Stienitz wurden von der unabhängigen Fraktion plötzlich andere Kandidaten in Vorschlag gebracht. Es kam zu einer lebhaften Debatte, nachdem Herbst (S. P. D.) eine Darstellung über die wiederholten Verhandlungen vor der Wahl gegeben hatte. Danach ist die Fraktion der S. P. D. an die Unabhängigen herangetreten, um diese zu einer gemeinsamen Liste aufzufordern. Da eine Majorität nur unter Einfluß der Demokraten zu erzielen war, sollten auch diese mit einbezogen werden. Die U. S. P. hatte darauf geantwortet, sie müsse ein gemeinsames Vorgehen mit einer bürgerlichen Partei ablehnen, sie hätten aber auch nicht die Absicht, eigene Kandidaten aufzustellen, da ihnen solche nicht zur Verfügung ständen. Auf die Frage, ob sie die Kandidaten der S. P. D. unterstützen würden, wurde geantwortet, sie müßten sich die einzelnen Kandidaten ansehen. Von den unabhängigen Rednern Peters und Neumann wurde diese Darstellung zunächst bestritten. Gutsmidts (S. P. D.) konnte demgegenüber darauf hinweisen, daß der unabhängige Neumann bei der letzten Verhandlungserklärung erklärt hat, er werde zum Beispiel, wenn in einem Bezirk Herr v. Strachwitz und Herr Kasse kandidieren, für Herrn von Strachwitz stimmen. Diese Darstellung erregte häßliche Heiterkeit und Lurke. Sie wurde zum Schluß von Neumann zugegeben. Während der Debatte entschloß sich Peters (U. S. P.) das Gehändnis, daß sie die soeben aufgestellten Kandidaten nur zum Schein aufgestellt haben, um das vollstverdräckerische Treiben der S. P. D. zu kennzeichnen. Dieses Gehändnis wurde

unter häßlichem Pfeiffen des Rufes von den nachfolgenden Rednern angezogen. Erst lehnten es die Unabhängigen ab, eigene Kandidaten aufzustellen und erklären, sie hätten keine Kandidaten, dann wollten sie für einen Reaktionsär wie Herrn von Strachwitz stimmen und schließlich stellen sie Scheinkandidaten auf, um diejenigen zu verdrängen, welche verhaften, das durchweg reaktionäre Amtsvorsteher gewählt werden. Zu einer eigentlichen Wahlhandlung kam es nur bei den Amtsbezirken Nethen, Lidersdorf, Groß-Stienitz und Rudow, in denen überall sozialdemokratische Amtsvorsteher gewählt wurden. Das Gesamtergebnis ergab die Wahl sämtlicher von der Fraktion der S. P. D. vorgeschlagenen Kandidaten. Von 30 Amtsbezirken werden dadurch 17 Amtsbezirke mit den von der Fraktion der S. P. D. vorgeschlagenen Kandidaten als Amtsvorsteher und 18 Bezirke mit dem Vorken des Amtsvorsteher-Stellvertreters beieigt. Von den Demokraten wurden 6 Amtsvorsteher und 1 Stellvertreter gewählt. In längeren Ausführungen begründet Peters eine Interpellation der unabhängigen Fraktion über die Weigerung der Landwirte, Lebensmittel abzuliefern. Auf die Interpellation erwiderte der Landrat, die Preissteigerung der Lebensmittel sei in diesem Jahre wesentlich stärker erfolgt als im Vorjahre. Die Kartoffelbelieferung der Gemeinden sei mangelhaft infolge Wagonmangel. Er sei bereit, gegen Beamte, welche die Zwangsgewirtschaft diskreditieren, vorzugehen, wenn ihm Angaben gemacht werden würden. Ebenso gegen die Landwirte, welche ihrer Ablieferungspllicht nicht nachkommen. Der von Herrn Peters angeführte einzige Fall im Kreise liege so, daß die Landwirte eine Abschlagskommission nicht anerkennen wollten. Diesen Einpruch haben die Betreffenden nach Verhandlung zurückgezogen. Neier (S. P. D.) spricht für Zusammenfassung aller Kräfte, um die Produktion zu heben und legt des Räberens auseinander, wie dies, vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet, geschehen müsse. Zwangsgewirtschaft allein genüge nicht. Wenn über Mangel an Energie bei den Amtsvorstehern vom Interpellanten gesagt werde, so sei es sozialistische Politik, sich nicht Kopend abseits zu stellen, sondern zu versuchen, Leute an diese Stellen zu setzen, welche die Sache besser machen. Dr. Anders stellt sodann noch die Anfrage an den Landrat, ob ihm bekannt sei, daß in mehreren Orten die Arbeiterräte nicht mehr bestehen. Er bat zu erwägen, ob es nicht an der Zeit sei, den Zentralarbeiterrat im Kreise nicht mehr als nötig zu errichten. Der Landrat erwiderte darauf, wenn die Arbeiterräte in den Orten im wesentlichen nicht mehr vorhanden sind, so dürfte es angebracht sein, zu der Frage Stellung zu nehmen. Er glaubt, daß die Regierung durch gesetzliche Regelung die Frage in nächster Zeit klären wird.

Erhöhung der Zuckerpreise.

Der Preis für Zucker im Kleinhandel darf vom 1. November ab nach einer Bekanntmachung des Magistrats nicht übersteigen: für Weiss oder gemahlene Kristalle 1.— M., für gemahlene Raffinade, Würfelzucker, Brodzucker 1,04 M. für je ein Pfund. Ein Zuschlag für Verpackung darf nicht berechnet werden.

Sozialistische Bildungsschule Groß-Berlin.

Morgen, Sonnabend, abends 7 Uhr, beginnt der Rednerkursus unter Leitung des Unterstaatssekretärs Heinrich Schulz. Teilnehmer werden nicht mehr aufgenommen, die ausgegebenen Karten sind vergriffen. Das Unterrichtsstoff hat sich geändert: der Kursus findet in der Aula des Königsstädtischen Realschulgymnasiums, Elisenbethstr. 57/58 (Nähe Alexanderplatz), statt.

Eine ernste Warnung an alle Kraftwagenführer Deutschlands erläßt der Unterstaatssekretär für das Luft- und Kraftfahrwesen, in der er darauf hinweist, daß entgegen den bestehenden Vorschriften „zurzeit immer noch vielfach unerlaubte Signalinstrumente, wie Pfeifen, Klagenhörner, Trompeten und dergleichen angewendet und die Auspufflappen geöffnet werden.“ — Künstlich wird gegen die Führer unvorsichtigmäßiger Signalinstrumente sowie gegen diejenigen Personen eingegritten werden, deren Kraftfahrzeuge eine übermäßige Rauchentwicklung verursachen oder mit nicht schallsicherer verichtsfähiger Auspuffleitung fahren.

Der Unterstaatssekretär Euler gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in absehbarer Zeit das Benzin-Einsparverbot aufgehoben und den vielen heute stellunglosen Kraftwagenführern wieder die Ausübung ihres Berufes ermöglicht werden kann. In der Kundgebung heißt es weiter: „Vor allem möchte ich die Herren Kraftwagenführer darauf aufmerksam machen, daß sie keinerlei Uebervorderungen gegen die vorgeschriebene Lage machen dürfen. Sie werden sonst kraftschuldig belangt werden und außerdem Gefahr laufen ihr Gewerbe wegen Entziehung der Fahrerlaubnis aufgeben zu müssen.“

Zum Schluß heißt es in Bezug auf die zum öffentlichen Verkehr zugelassenen Kraftdroschken: „Sehr viele der Wagen sind monatelang weder gewaschen noch geputzt. Wie jeder Hausbesitzer verpflichtet ist, den Bürgersteig vor seinem Hause reinigen zu lassen, so hat die Deffentlichkeit auch Anspruch darauf, daß durch das öffentliche Verkehrswesen das Auge, das Ohr und der Geruchssinn nicht in dem erheblichen Maße belästigt werden, wie dies zur Zeit der Fall ist.“

Warum in den nächsten Wochen noch „schonende Rücksicht“ walten soll, will uns nicht recht einleuchten. Der geradezu unverschämten Rücksichtslosigkeit mancher Kraftwagenführer auf das nichtfahrende Publikum kann nicht schnell genug ein Ende gemacht werden.

Auf dem Nordbahnhof gelang es der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin, einer Bande von Wätereichen ein das Handwerk zu legen. Schon seit längerer Zeit ist beobachtet worden, daß auf diesem Wätereichbahnhof ganze Wagonladungen mit Waren aller Art spurlos verschwinden. Die Bediensteten haben 2 Fälschungen der Kontrollbücher vorgenommen, andererseits sind auch die Frachtbüchse, die zu den gestohlenen Waren gehörten, beseitigt worden, auch sind Venderungen an den Wätereichzeiteln vorgenommen worden, um die Diebstähle zu verheimlichen. Von den Tätern sind bisher 22 ergriffen und in Gewahrsam gebracht worden. Zu Diebten haben sich in diesem Falle zwei angesehene Expeditionsfirmer, eine Kohlenfirma, ein Wirt und eine Reihe von Gelegenheitsführern beregeben. Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß 2 Waggons Dater, 1 Wagon Roggen, 3 Waggons Weizen, 600 Liter Spirit, 11 Fäß Talg, 3 Ballen Tabak usw. gestohlen worden sind und der Eisenbahn durch diese Diebstähle, die durch die Mitwirkung der eigens zur Ueberwachung des Wätereichhofes bestellten Beamten auch noch begünstigt worden sind, ein sehr beträchtlicher Schaden erwachsen worden ist.

Treibtrom - Sternwarte. Sonnabend, 5 Uhr: Europäische und exotische Jagden (Hörne); Sonntag, 8 Uhr: Das bayerische Hochland und die Königshäuser (Hörne); 9 Uhr: Ferienlager an der Ostsee, 1. d. Jahrg. Schmeißel und im Schwarzwald (Hörne); 7 Uhr: Mit Oceanampfer von Bremen nach New York (Hörne); Dienstag, 7 Uhr: Unser Wissen von den Sternwelten (Vortrag mit Lichtbildern v. Dr. Dr. Kerschbölz).

Mariendorf-Züden. Der 2. Volkskutschabend der Gemeinde findet am Sonnabend, 8 Uhr, in der Aula, Kottb. 21, statt. (Hörne) — In der Aula in den Gemeindefest, bei der Konsumgenossenschaft und des Hannoverschen Züden, Steglitzerstr. 15a, zu haben. Sonnabend: Verkauf nur an der Abendkasse. Erwerbslose, die länger als 3 Monate Unterstützung beziehen, erhalten eine Anzahl Freikarten im Zimmer der Erwerbslosenfürsorgestelle.

Lichtenberg. Volksunterhaltung. Joseph Laut ist für den nächsten bunter Abend gewonnen worden, der am 8. November, abends 8 Uhr, im Cecilia-Lyzeum stattfindet. Billets zu 1,50 M. sind in der städtischen Schulabteilung, Köllendorfsstraße 14 und den „Vorwärts“-Ausgabestellen im Vorverkauf erhältlich.

Bernntreungen im Spandauer Feuerwerk-Laboratorium. Im Feuerwerk-Laboratorium Spandau sind zwei ungetreue Angestellte verhaftet worden. Die Festgenommenen, ein Schirmermeister und ein Forarbeiter, hatten die Verladung von Materialabfällen, die an eine Berliner Firma verkauft waren, zu beaufsichtigen und ließen sich dazu verleiten, auch andere, nicht verkaufte, wertvollere Abfälle unter die Ladung zu schmuggeln. Das Festhalten dieser hochwertigen Abfälle wurde aber bald bemerkt und eine besondere Kontrolle eingerichtet. Die Diebe arbeiteten in der Weise, daß sie in die leeren Zündereinfachlöten, welche von einer Berliner Firma angekauft waren, Restingteile einschmuggelten. Beim Verladen der Kisten auf einen Spreewagen fiel einem Kontrolleur das hohe Gewicht der Holzlasten auf, so daß die Diebstähle schließlich ermittelt werden konnten.

Spandau. Oberbürgermeister Dr. Weid. Dem Ersten Bürgermeister Dr. Weid ist auf Antrag der städtischen Körperschaften durch den Minister des Innern die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister“ beigelegt worden.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Mariendorf-Züden. Kriegsbüchlinge mit einer Erwerbseinschränkung von 30 Proz. erhalten in den Gemeindefest bis 2. November auf Abfall 44 der Zufuhrkarte 500 Gramm Röhrenmehl (70 Pf.). Ausgabe der Zufuhrkarten werktäglich von 8—12 Uhr vormittags im Rathaus, Zimmer 13. Bei den Kaufleuten Abraham, Chausseestr. 30, Cohn, Chausseestr. 33, und Bahrheit, Kurfürststr. 73: Verkauf von Reichs-Vollkornmehl. Die Waren sind für Kinderheimställe bestimmt, deren Einkommen 6000 M. jährlich nicht übersteigt. Kaufberechtigte können an Mariendorfer Einwohner im Volkshausgebäude, Zimmer 67.
Pantow. 250 Gramm Macinade (57).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Rechts. Sonntag, ab 9 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Regge Beteiligung erwünscht.
Sozialistischer Herzverein. Sitzung Montag, 7 1/2 Uhr, im „Deutschen Jahrmärktehaus“, Bölowstr. 104 (Rüchtersammer). Tagesordnung: Ueber die Sozialisierung des Weltwesens. Referent: Herr Heiden. Gäste willkommen!
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins. Sitzung Sonnabend, 1. November, nachmittags 4 Uhr, im „Vorwärts“-Haus, Lindenstr. 3. Gäste willkommen!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins. Mitteilungsverammlung Sonnabend, 7 Uhr, Schule hinter der Garmischstraße 2. Tagesordnung: 1. Sachungsabänderung, 2. Einheitskarte (Gen. Feuer). Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. — Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, in der Klosterkirche, Klosterstr. 26. Vortrag des Herrn Dr. R. Briz: Aus der Geschichte der Theaterkultur. Kulturgeschichtliche Stamagen. — Harmonium: Der Müller u. d. Bach (Schubert). — Abends 7 Uhr im Stadthaus, Klosterstraße Ecke Stralauer Str.: Deffentlich Vortrag des Herrn Ernst Däumig: Selbsthilfe gegen kräftliche Reaktion. — Der Reichsverband der deutschen Presse. Bezirksverband Berlin-Brandenburg, veranstaltet am kommenden Sonntag im Herrenhaus (Reichsaussch., Beginn 10 Uhr vorm.) eine Mitgliederversammlung, die sich mit dem Tarifvertrag der Berliner Tagesdrucker beschäftigt wird. Zutritt haben nur Verbandsmitglieder. — Reichsband der Kriegsbekämpften, Bezirk Norden. Versammlung Montag 1/2 Uhr in Böttchers Reithaus, Schmedter Str. 23/24. Neumahl des Bezirksleiters. Mitgliedskarte freimittels.

Soziales.

Erwerbslosenfürsorge.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 27. Oktober ist unter anderem bestimmt, daß an Erwerbslose, die das 18. Lebensjahr vollendet und in den vorhergehenden 3 Monaten an mindestens 80 Tagen die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, in der Zeit vom 1. November 1919 bis 31. März 1920 eine Winterbeihilfe gewährt werden kann. Der Monatsbetrag für Erwerbslose mit Familie beträgt den vierfachen Tageslohn der Unterstüfung, einschließl. der Familienzuschläge, bei den übrigen Erwerbslosen den dreifachen Tageslohn der Unterstüfung. Die Winterbeihilfe ist monatsweise zu gewähren und zwar in der Regel nicht in bar, sondern in Sachleistungen. Ferner wird in der neuen Verordnung die Möglichkeit geschaffen, an Gemeinden, die die sogenannten produktive Erwerbslosenfürsorge einführen, Zuschüsse aus Reichs- und Staatsmitteln zu leisten.

Aus aller Welt.

Die Eisenbahngauererien. In Frankfurt am Main verschwand in den letzten Tagen vom Hauptbahnhof vier Waggons mit Waren, davon einer mit Kaffee, zwei mit Kalao und einer mit Leder, nachdem schon vor einigen Tagen ein Wagon Kaffee, der einen Wert von 250 000 M. besaß, ausgeraubt worden war. Die Waggons sind durch falsche Besetzung, Befestigung der Originalfrachtbüchse und Unterschlebung falscher Weise von Schiebern und Spihuben nach kleinen Bahnhöfen der Umgebung Frankfurt verschoben worden, wo sie dann bestohlen wurden. Dies konnte nur mit Hilfe hochgehener Eisenbahnbeamten geschehen. Die Polizei verhaftete den Wirt Josef Haindl, ferner drei ehemalige Angehörige des Marinefischerdienstes und eine Anzahl Eisenbahner.

Schnee im Gebirge. Neuester harter Schneefall ist im ganzen Nien- und Jbergenge und im ganzen Pirchberger Tal eingetreten. Der Schnee liegt im Tal bereits fußhoch und in den im Blätterstamm dastehenden Obhängen ist noch mancherlei Schaden angerichtet.

Deutsche Kerben in Frankreich. Eine französische Meldung sagt: Bei einer Explosion von Munition in Valenciennes wurden Ende verfloßener Woche eine Anzahl (1) deutscher Kriegsgefangener getötet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Bismlich kalt, zunächst noch überwiegend trübe aber neblig mit leichten Niederschlägen, später, besonders im Norden, zeitweise aufklarend.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Entsende muß einen Aufschuß und eine Nummer bei. Briefliche Ansuchen wird nicht erteilt. Alle Entsendungen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, L. Colpartiere links, vor. Schriftstücke und Beiträge sind mitzubringen.
N. J. 84. 1. Stellen wir nicht; veröffentlichen Sie sich eine Stellungnahme. 2. Ja. — B. T. 6. 56. 1. Das ist zulässig. 2. Um 6 000 M. 3. Ja, soweit sie noch Staatsarbeiter sind. — P. R. Die Ue ist zulässig. Sie erwerben die Staatsbürgerschaft Ihres Mannes. Ausreise ist möglich. — Sch. 13. a) Ja, auf Antrag, sofort nach der Verbeiratung. b) Heiratsverbot, en. Recht. — P. O. 16. 1. u. 2. Marken in einer beliebigen Lohnklasse, auch 3/4-Pennigmarken, 3. Möglich nicht verboten. 4. Lehrer nicht. — St. 9819. 1. Ja. 2. Unrecht. 3. Möglich nicht. 4. Vorzugsrechtlich. 5. 4. Im Reich nicht besonders bestimmt. Einmalige, Verhältnismäßig rechnen unteres Unrechts nicht zum steuerpflichtigen Einkommen, da mit der Wiederholung nicht zu rechnen ist. — H. S. 76. 1. Ja. 2. Nein. — M. 18. 1. Bezahlungsantrag, Verrechnungsbilanz. Bilanzstr. 88. 2. Reichswehrministerium, Kaiserliche Verwaltung, Königin-Augusta-Str. 88/82. — M. R. 9. 11. Invalidenten haben selber keinen Anspruch auf

JACOB STÜCK NACHFOLGER WEINBRENNEREIEN HANAUAM.



3
führende Marken:
**Goldstück
Edelstück
Urstück**
**REINER
WEINBRAND**

**Ganz Berlin
brennt
vor
Neugierde?**

**Opernhaus.
Palestrina.**
Anfang 6 Uhr.

**Schauspielhaus.
Coriolan.**
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 U.: Kaufmann von Venedig.
Sonntag 7 Uhr: Othello.
Kammerspiele.
7 1/2 U.: Gespenstersonate.
Sbd. 7 1/2: Büchse der Pandora.

**Theater I. d.
Königgrätzerstraße**
1 1/2 U.: Schloß Wetterstein
Sonnt. Schloß Wetterstein
Sonntag nachm.: Musik.
Abends: Ein Traumspiel
Montag: Ein Traumspiel
Dienst.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
1 1/2 U.: Liselott von der Pfalz.
Sonntag nachm.: Die Ehre.
Berliner Theater
7.10 U.: **Bummel-
Studenten.**
Stg. nachm.: Die tolle Komödi.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Faschingsstee.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **La Traviata.**
Theater „Die Tribüne“
7 1/2 Uhr: „Die Wandlung.“
Eden-Theater

7 1/2 U.: „J. A. W. G.“
Stg. 3 U.: Prinzessin vom Nil.
Friedr.-Wilhelms-Th.
7 1/2 Uhr: **Gretchen.**
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: **Helden.**
Kl. Schauspielhaus.

7 1/2 U.: Er kann nicht befehlen.
Komische Oper
7 1/2 U.: **Liebeszauber.**
Stg. 3 1/2 U.: Schwarzwalddädel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male!
Der Großstadt-Kavaller.
Metropol-Theater.
7 Uhr: **Sybill**
Sonntag 3 U.: Charleys Tante
mit Thielischer
Neues Operettenhaus.
7 1/2 U.: Die Dame vom Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Der Melodibauer.
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Junger Sonnenschein
Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:

Der Vielgeliebte
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Frau im Hermelin
Sbd. 3 1/2 U.: Max und Moritz.
Stg. 3 1/2 U.: Die Justige Witwe.
Theater d. Friedrichstadt
7 1/2 Uhr: Dr. Silegitz
mit **Rud. Schillkrant**
Wallner-Theater
7.15 Uhr: **Eine Ballnacht.**
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Geisha
mit Alä Werber.

**Ganz Berlin
brennt
vor
Neugierde?**

Volksbühne Theater
a. Bülowstr.
7 1/2 Uhr: Paul Lango und
Tora Paraberg.
Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7: Peer Gynt.
Sonntag 7: Zum 1. Male!
Fräulein Julie.
Der grüne Kakadu.
(Tilla Doreux, Ilka Grüning,
Daggy Servaes, Fritz Dejus,
Hans Fischer, Eugen Köpfer,
Konrad Veidt).
Sonntag 7 1/2: Fräulein Julie.
Der grüne Kakadu.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2: Cyprienne.
(Leopoldine Konstantin, Kurt
Götz, Erich Walter.)
Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich Heute: **280. Male**
8 Uhr, zum **280. Male**
Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.
Erich Kaiser-Titz, Olga Lim-
burg, Harry Liedtke, Rosa
Valenti, Marietta Oily, Emma
Debnar, Guoid, Namelok,
Brenkendorf.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Hänsel und Gretel.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Z. 382 Male: **Der gute Ruf.**

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Untergrundbahn Friedrichstr.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Maskerade.
Von Ludwig Fulda.
Regie: Alfred Rotter.
Hans Arnstahl, Eugen Burg,
Kilbe Dorsch, Paul Bildl,
Jul. Falkenstein, Hugo Fink,
Paula Levernann, Emmi Wyda.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Aschenbrödel.
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:
Johannistag.

Circus Busch
Täglich 7 1/2 Uhr:
„Aphrodite“
Tragikomisch-Pantomime
in 3 Akt v. Paula Busch.
Vorher d. gr. Zirkus-Prgr.

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21.
Täglich 7.30;
Spezialitäten u. Varieté.
Burleske:
Auf I. Königstadt-Kasino
in 3 Bilde-n.

Theater am Köpenicker Tor.
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jed. Abend 7 1/2 Uhr:
Sitte-Sänger
V. einem Mliel der
Stettiner Sänger.
Sonnt. nachm. 3 Uhr
ermitt. Preise (voll)
Abend-Programm:
1. 1. 1. 1. 1.
Rauchen gestattet.
Singen-Konzert. Beg. 7.30 Uhr.
Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Die lebende Tote
Drama mit 11. Partien

Winter-Garten
Wegen des umfangreichen
Oktober-Spielplans
- Anfang 7.15 -
Rauchen gestattet!

**Augustien-
PALAS**
**Das Schloß
am Amland**
Das Ende der
Brüder von
St. Parasitus
Stuart Webb
**Ernst
Reicher**
Schieberchen
A Co
Lustspiel mit
Raul Heistermann

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Eine Frau wie Du.

Casino-Theater
Lothringersstraße. Tägl. 7 1/2 U.:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: Schwarzwalddädel.
Operettenakt m. Viktor Litzel.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Stg. 3 1/2 U.: Ein sanftes Klebblatt

**APOLLO
THEATER**
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7 1/2 allabendl. 7 1/2
Sonnt. 3 1/2 U.

**Die Welt
im Jahre
2000!**
Gr. Varieté-Anstalt-
schau in 3 Bildern.
In Szene gef. von Dir.
James Klein.
U.a.: Modenschau
im Jahre 2000
10 Karrier zu Pferde
Akrobatische Spiele
Die Lichter in der
Sühergrötte/Tinze/
Effekte u. d. Jahre 2000
Senta Söncland
Lucie Blattner
H. Lamberts-Paulsen
Alex Stamer
Hedwig Gitzko usw
Sonnt. 3 1/2 j. Erwachs.
1 Kind frell

Reichshall-Theater
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nahen haffe St.
Reichshall-Theat.
Dönhoff-Breitl.

Blauer SSARAFAN
Russische Kleinkunstbühne
Bülowstr. 6.
Moskau in Berlin
14 musik. Kunstb. l. j. er.
Russ. Ballett u. Balletka
Vorverkauf Theaterkasse
11-1 und ab 6 1/2 abends.

**Passage-
Theater**
Unter den Linden 22-23.
Dir. M. Soliman.
2 Uraufführungen 2
**Die Pflicht
zu leben.**
Gr. Gast. Sensationsfilm
in 6 Akten. Verfasst von
Robert Liebmann.
Regie:
Karl Wilhelm.
Hauptrollen:
**Hanne Brinkmann
Magnus Stifter
Reinhold Schünzel**
Piccolo-Liebchen
in 3 Akten.
Hauptrolle:
Lu L'Arronge.
Der lustigste Filmstar.

Central-Park
am Bl. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

**KABARETT
DEHNENSTR. 33**
Merry Ronald
Fred Marion
Elenita
Schlüter-Grünitz
Mary Walter
4 Varadts
Irma Traun
Negrol u. Pola
Max Marcelli
Paul Steinitz
Cont.:
Siegfr. Flatow
Am Flügel: Henschel

Vereinszimmer
mit Klavier 150/11a
Preis-Regalen - Str. 90,
Wilhelmsdorf.

Damen-Altler
aus guten Stoffen, verkauft
sehr billig Kleider, Charlotten-
burg, Holzendorferstr. 12 II. 19/11

BOO
Potsdamer Str. 38
Uraufführung
Nur ein Diener
Filmspiel mit
**Bruno
Kastner**
heute persönlich.
Turmstr. 12
Wahnsinn
mit Conrad Veidt
und Viggo Larsen
im Kriminalfilm:
Der Fürst der Liebe
und seine Liebe.
Alexanderplatz-Passage.
Friedenau, Rheinstr. 14
Prinz Kuckuck.

Metropol
KABARETT
DEHNENSTR. 33
Merry Ronald
Fred Marion
Elenita
Schlüter-Grünitz
Mary Walter
4 Varadts
Irma Traun
Negrol u. Pola
Max Marcelli
Paul Steinitz
Cont.:
Siegfr. Flatow
Am Flügel: Henschel

Vereinszimmer
mit Klavier 150/11a
Preis-Regalen - Str. 90,
Wilhelmsdorf.

Damen-Altler
aus guten Stoffen, verkauft
sehr billig Kleider, Charlotten-
burg, Holzendorferstr. 12 II. 19/11

Central-Park
am Bl. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

**KABARETT
DEHNENSTR. 33**
Merry Ronald
Fred Marion
Elenita
Schlüter-Grünitz
Mary Walter
4 Varadts
Irma Traun
Negrol u. Pola
Max Marcelli
Paul Steinitz
Cont.:
Siegfr. Flatow
Am Flügel: Henschel

Vereinszimmer
mit Klavier 150/11a
Preis-Regalen - Str. 90,
Wilhelmsdorf.

Damen-Altler
aus guten Stoffen, verkauft
sehr billig Kleider, Charlotten-
burg, Holzendorferstr. 12 II. 19/11

Central-Park
am Bl. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

**KABARETT
DEHNENSTR. 33**
Merry Ronald
Fred Marion
Elenita
Schlüter-Grünitz
Mary Walter
4 Varadts
Irma Traun
Negrol u. Pola
Max Marcelli
Paul Steinitz
Cont.:
Siegfr. Flatow
Am Flügel: Henschel

Vereinszimmer
mit Klavier 150/11a
Preis-Regalen - Str. 90,
Wilhelmsdorf.

**Richard Oswald
LICHTSPIELE**
DIREKTION GEBR. KÖTTNER
Cöpenicker Str. 68 (National-
Theater).

Die Apachen
Detektiv-Abenteuer in 5 Akten.
Hauptrollen:
**Max Landa
Reinhold Schünzel
Hanni Weiße**
Ferner:
Das Werkzeug des Cosimo
mit **Hella Moja**

Die beiden Gatten der Frau Ruth
mit
HENNY PORTEN
IRRLICHT
mit
EVA MAY

Die Apachen
Detektiv-Abenteuer in 5 Akten.
Hauptrollen:
**Max Landa
Reinhold Schünzel
Hanni Weiße**
Ferner:
Das Werkzeug des Cosimo
mit **Hella Moja**

Max Ziegenhals
Rauch-, Kau- und Schnupftabake
Zigarren, Zigaretten en gros.
wohnt
jetzt: **Berlin C, Poststraße 12**
Fernsprecher: Zentrum 8790 und 2977.

ZWÖLFTE VERSTEIGERUNG
**SAMMLUNG
BRUNANDER/BERLIN**
GEMÄLDE, BILDWERKE, MÖBEL
UND ANTIQUITÄTEN
AUSSTELLUNG VOM 7. BIS 9. NOVEMBER
VOM 10. BIS 2. UHR NACHM.
VERSTEIGERUNG AM 11. NOV. u. folg. TAGE
VORM. 10 u. NACHM. 1/2 4 U.
IM VERSTEIGERUNGSHAUSE BERLIN W,
KURFÜRSTENDAMM 208/209
PAUL CASSIRER **HUGO HELBING**
BERLIN MÜNCHEN

Central-Park
am Bl. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

**KABARETT
DEHNENSTR. 33**
Merry Ronald
Fred Marion
Elenita
Schlüter-Grünitz
Mary Walter
4 Varadts
Irma Traun
Negrol u. Pola
Max Marcelli
Paul Steinitz
Cont.:
Siegfr. Flatow
Am Flügel: Henschel

Vereinszimmer
mit Klavier 150/11a
Preis-Regalen - Str. 90,
Wilhelmsdorf.

Platin
Vor Verkauf von
anrufen, zahle
konkurrenzlose Preise
Metallkontor
Alte Jakobstr. 138.
Moritzpl. 12 58.

**Ganz Berlin
brennt
vor
Neugierde?**

Opport-Perloff
Publikums- und
Gastgeber-Veranstaltung
das größte Kino von Welt
Tropengift,
die Geheimnisse einer weißen
Frau in Zentralafrika.
Dorffest 1914 aufgenommen.
Der Schandali-Viktoriaklub
Hauptrolle: Edith Meiler.
Vorverkauf von 10-3 Uhr.

Tomndorf-Betriebe
Eingetragte
Geschäftsbetriebe sind die
Winden-Restaurant
Unter den Linden 44
und Friedrichstraße 87
**Vornehmes Wein-
und Bier-Restaurant**
Beste Küche
Spezialität: Wiener Urweil
Gefüllte Fleischbraten
Wittels u. Abendmusik
Kapelle u. Orchester.

Conndorf
Unter den Linden 86
Kaffee - Diele - Bar
Abends Wein-Restaurant
Radon- u. Abend-Kongert
Karlens Uffmann, Wagon
Eigene Wiener Bäckerei
Karlens Bar.

**Ankauf
von
Zahngelassen**
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16
Alexanderstr. 14
Charlottenb., Stutt-
garter Pl. 5
Geöffnet 9-6 Uhr

**Ankauf von
Juwelen**
zu vollem Taxwert
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16
Alexanderstr. 14
Charlottenb., Stutt-
garter Pl. 5
Geöffnet 9-6 Uhr

**Ankauf
von
Zahngelassen**
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16
Alexanderstr. 14
Charlottenb., Stutt-
garter Pl. 5
Geöffnet 9-6 Uhr

**Ankauf von
Juwelen**
zu vollem Taxwert
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16
Alexanderstr. 14
Charlottenb., Stutt-
garter Pl. 5
Geöffnet 9-6 Uhr

**Platin
Gold u. Silber**
zu hohem Tageskurs kauft
J. Weinstock G. m. b. H.
Mohrenstraße 16
Alexanderstr. 14
Charlottenb., Stutt-
garter Pl. 5

**Zigaretten
Zigarren**
Lagerbesuch sehr lohnend.
Nur a. Selbstverb. u. Gastwirte.
M. Dessen, Berlin,
Alexanderplatz 2, 1 Tr.
gegenüb. Lehrervereinsh.

**Ganz Berlin
brennt
vor
Neugierde?**

deutsche Volk aufs äusserste schädige. Man hat unsere Schiffe, die die erforderliche Frachterlaubnis der Alliierten hatten, und die wegen Mangel an funktionstüchtigen Einrichtungen nicht rechtzeitig gewarnt werden konnten, in den verschiedensten Teilen der Ostsee festgehalten. Zahlreiche deutsche Schiffe liegen in den deutschen Ostseehäfen fest, unentbehrliche Rohstoffe (Erze usw.) und Lebensmittel, namentlich Fleisch und die in Dänemark gefausten Kartoffeln können nicht herangebracht werden, weil wir keinen Schiffsraum zur Verfügung stellen können. Auch die Kohlenversorgung der östlichen Teile Deutschlands kann nicht fortgeführt werden. Die deutsche Regierung hat zu dieser Blockademassnahme keinen Anlaß gegeben, denn sie hat den Nachweis erbracht, daß sie mit allen Mitteln und größter Energie den Abzug ihrer Truppen aus dem Baltikum durchzuführen bestrebt ist. An den Unternehmungen bei Riga waren deutsche militärische Stellen unbeteiligt.

Wenn trotz dieser Sachlage eine Sperre gegen die deutsche Schifffahrt und weite deutsche Küstengebiete verhängt und dabei sogar zeitweise über die nach anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen Deutschland zugehörige Gebietshoheit über seine Küstengewässer hinweggegangen wurde, so muß die deutsche Regierung gegen diese ungerechtfertigten Vergeltungsmaßnahmen, durch die zahllose an den Vorgängen im Baltikum gänzlich unbeteiligte Deutsche schwer geschädigt werden, nunmehr feierlichst vor aller Welt Verwahrung einlegen.

Andererseits vermag die deutsche Regierung, worauf von der deutschen Friedensdelegation von vornherein hingewiesen worden ist, irgendwelche militärischen Gründe für den Fortbestand der bestehenden Einschränkungen nicht zu erkennen. Höchstens für eine Absperrung der Küste von der deutschen Grenze bis zur südlichen Grenze Finnlands, nicht aber für die Stilllegung der gesamten deutschen Ostseeschifffahrt außerhalb der deutschen Küstengewässer, könnten Gründe militärischer Art angeführt werden. Die deutsche Regierung ersucht daher die alliierten und assoziierten Regierungen nochmals dringend, die Maßnahmen, die bei ihrer Anordnung ausdrücklich als vorübergehend bezeichnet worden sind, nunmehr völlig aufzuheben und Anordnungen zu treffen, daß alle festgehaltenen Schiffe, die sich zur Zeit ihrer Festhaltung in Untertanis der angeordneten Sperrung befunden haben, ihren Eigentümern zurückgegeben werden.

Zwei am 9. Oktober von den Alliierten beschlagnahmte und nach Vibau eingebrachte Bremer Seesichter des Norddeutschen Lloyd mit ihrem Schlepper sind in Pillau eingetroffen. Sie bringen etwa 1200 Tonnen Kohlen für Königsberg. Den Schiffen wurde am 28. Oktober in Vibau von dem englischen Befehlshaber mitgeteilt, daß die Beschlagnahme aufgehoben sei und sie ihren Bestimmungsort aufsuchen dürften.

Die provinziellen Gewalten.

Die sozialistische Lehrer drangsalieren werden. Illustriert nachfolgende Zuschrift aus dem Schwarzen Ministerlande: Am 12. September d. J. hatte die Schuldeputation des Schulverbandes Neckinghausen-Band eine erledigte Lehrerstelle neu zu besetzen. Es handelte sich um eine Stelle an der katholischen Schule zu Bodholt. Der feierliche Inhaber war gestorben. Von den vorliegenden Bewerberinnen fand das des Lehrers L. Berücksichtigung. Er wurde einstimmig gewählt. Nur der Dekan von Neckinghausen stimmte gegen ihn. Lehrer L. vereinbarte mit dem zuständigen Kreisinspektor, die Stelle am 1. November anzutreten, weil erst zu diesem Zeitpunkt die mit der Stelle verbundene Dienstwohnung durch die Witwe des bisherigen Inhabers geräumt wird.

Nachts 10 Uhr abend, kündigte der Lehrer L. seinen jetzigen Mietvertrag und trat bereits die Vorbereitungen zum Umzug. Doch die Rechnung war ohne den Wirt gemacht, in diesem Falle einige Zentnersagartier nebst ihrem geistlichen Beistand. Eine künstliche Hebe wurde gegen den sozialistischen Lehrer L. in Szene gesetzt und Vorstellungen bei der Regierung zu Münster erhoben. Am 21. Oktober d. J. hat die Schuldeputation als Antwort auf die künstliche Hebe einstimmig — der Dekan war nicht anwesend — erneuert festgestellt, daß der Lehrer L. gewählt sei und bleibe, und daß er die Stelle in Bodholt am 1. November antreten solle.

Am 22. Oktober morgens traf abends die Nachricht der Regierung zu Münster ein, die Stelle in A. kommt für den Lehrer L. nicht in Frage, da dieselbe als Schulleiterstelle dem Ministerium zur Befugung vorbehalten bleibt.

den Ton zu regeln. Es bedeutet nicht, daß Bedekind nicht auch sein Paraphrasen gehabt habe. Wer ihn je Szenen seines Lieblingsdramas „So ist das Leben“ vorgetragen hört, weiß, wie stark es in ihm war; aber es hatte inneren Kraftwert und nicht von bloßem Raffadenkloppel. Bedekind sagte sich hart, rüchlos, hochhaft gegen die Schwächen der vorlaufenden Generation. Daß Gustav Herrmann, der auch die Novelle „Der Brand von Galsbühl“ (aus dem Bande „Feuerwerk“) vortrug, den Ton Bedekindischen Wesens hörbar gemacht habe, läßt sich nicht behaupten. Er fiel sogar in jenem selbsterwählten Gebilde in eine Art der Selbstridung, die mit dem erwähnten Ablehnen der Feierlichkeit nicht in Einklang war. Aber er ließ offenbar den Dichter seinen Namensdramen, Phantasie, Wirklichkeitsgriff, und dient ihm mit achtlos ausgeprägter Sprecharbeit. Deren Grenzen zeigten sich an jener Erzählung von dem Bauernknecht, der gewohnt war, daß die Dorfmadchen sich um seine Kammerbesuche rissen, und den dann ein erstes Erlebnis des Juridikalens verwirrt und so ratlos macht, daß er an die Häuser aller der willigen, leidigedonnenen Mädchen den Brand anlegt. Der Erzähler formte kaum mehr als ein Bild des Neuen der Vorgänge, unterließ aber, daß daraus an dem Bericht eines lässlichen Menschen zu geben, und verlor so ein Mittel, die eigentliche Aufgabe zu lösen: den psychologischen Kern der Vorgänge sichtbar zu machen aus dem Wesen des Knechts, den Liebeswert in ein Schicksal treibt.

Zum Gedächtnis der russischen Revolution findet am 2. November, nachmittags 4 Uhr, in der Villaharmonie eine Feier statt. Zum Vortrage gelangen Dichtungen russischer Schriftsteller, gelesen von Karl de Vogt, und das Nihilistische Lied: Zum Gedächtnis eines großen Mannes, ausgeführt von der Triovereinigung Deslau, Schwarz, Siegmund, Karsten bei Doris, Gewerkschaftshaus, sowie Villenstr. 28.

Die Ankündigung für Kultur und Arbeit in Obereschleien wird wieder eine Sonderausstellung werden. Im nächsten Heft man sich in einer Beratung unter Vorsitz des Oberpräsidenten auf den Standpunkt, den obereschleischen Interessen wäre am meisten gedient, wenn die Ausstellung zu nächst nach Berlin überführt würde.

Theater. Im Deutschen Theater findet am nächsten Freitag die Erstaufführung der Dichtung „Nacht und Traum“ von Richard Beer-Sommermann statt. Das Werk wird von Max Reinhardt in Szene gesetzt.

Mozart-Abend des Württemberg-Orchesters. Am 2. November werden als Solisten mit: Odessa Krieger (Soprano) und Konstantin Kombarow (Violin). Sie bringen die Arie „Il re pastore“ für Soprano, Violin solo und Orchester zum Vortrag. Dirigent: Paul Schimpflug.

Die Martin-Brandenburg-Ausstellung im Künstlerhaus wird am 2. November, 11 Uhr, eröffnet.

Keine Einschränkung des Frauenstudiums. Das Berliner Kartell der Hochschullehrer für Frauenberufe stellt mit, daß Frauenstudium, die eine solche Einschränkung in Aussicht stellt, nicht gutsehen. In Verbindung mit im letzten Frühjahr tatächlich die Reimmatrikulierung von Frauen auf zwei Semester verboten worden; die Verfügung wurde aber wieder aufgehoben, als Einspruch geschah.

Dazu sei festgestellt: 1. Die Stelle ist nach den übereinstimmenden Ansichten der Deputation und der Schulaufsichtsbehörde (Inspektor) eine Lehrerstelle (nicht einmal die erste Lehrerstelle) an einer dreiklassigen Schule, ihre Befugung daher der Deputation vorbehalten. 2. Der sozialistische Lehrer muß wieder mal für seine Gefinnung büßen.

Was ist zu tun? Die Entscheidung des Ministers anrufen? Ja, wenn der berühmte „Inhaltsweg“ nicht wäre! Bis die Antwort auf ein entsprechendes Gesuch zurückkommt, sind Monate verstrichen. Am 1. Januar aber ist der betreffende Lehrer ohne Wohnung. Und wohin dann?

Das alles sind Fragen, die eine Regierung in Münster nicht berühren. Sie verfügt einfach, zumal wenn es sich „nur“ um sozialistische Lehrer handelt, unbefürchtet um die Not und Bedrängnis der betroffenen Familien.

Gedenkschriften zur Revolution.

Die Verlagshandlung „Vorwärts“ läßt soden eine Schrift von Genossen Friedrich Stampfer erscheinen: „Der 9. November.“ — Gedenkschriften zu seiner ersten Wiederkehr.“ Die zweieinhalb Bogen starke Schrift gibt eine lebendige Darstellung der dramatischen Vorgänge, die zum Sturz des Deutschen Kaiserreichs führten und enthält viel neues Material zu ihrem genaueren Verständnis. Das Ereignis des 9. November wird in seinen historischen Zusammenhängen und in seiner Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats grundsätzlich beleuchtet. Ein Ausblick auf die späteren Ereignisse, die Befähigung der Revolutionsergebnisse durch die inneren Kämpfe der Arbeiterbewegung, beschließt die Schrift. Der Preis beträgt 1 M.

„Sturmwind der Revolution“ ist der Titel einer zweiten Broschüre, welche die Verlagshandlung „Vorwärts“ zum ersten Jahrestag der Revolution herausbringt. In ihr wird der Beweis geführt, daß die Sozialdemokratische Partei nicht un-tätig die Revolution abgewartet hat, um sich dann an ihre Spitze zu stellen, sondern daß sie die Revolution kommen sah und seit dem Oktober tatkräftig förderte. Schon damals hat sie die Abdankung Wilhelms II. und das Ende der Monarchie verlangt. Das wird durch den Abdruck von Artikeln der sozialdemokratischen Presse nachgewiesen, die sich auch heute noch durch Frische und revolutionären Sinn auszeichnen. Auch werden bedeutsame Artikel zur Vorgeschichte der Revolution in Erinnerung gebracht. Bestellungen auf die Schrift, die Adolph Braun verkauft hat, werden schnell erbeten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2.

Die Washingtoner Konferenz eröffnet.

Der Sekretär des Arbeitsamtes, Wilson, hat die internationale Arbeitskonferenz im Namen des Präsidenten der Vereinigten Staaten eröffnet und erklärt, die Konferenz stelle den ersten gemeinsamen Versuch in der Geschichte dar, das Arbeitsproblem in fortschrittlicher Weise zu behandeln (?). Unter den Delegierten befanden sich die Vertreter von 36 Ländern. Die Vorkonferenz und Gesandten zahlreicher Länder nahmen Ehrenplätze zu beiden Seiten der Präsidententribüne ein. Obwohl die Vereinigten Staaten wegen des Verbots des Kongresses nicht offiziell teilnehmen, waren mehrere amerikanische Vertreter, unter ihnen Compers, anwesend. Genosse Wissell reist als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nach Washington. Den Vertretern Deutschlands ist bisher noch nicht einmal der Zeitpunkt der Abreise mitgeteilt.

Gegen den drohenden Nischenstreik der Bergarbeiter dürfte sich die Regierung des Gesetzes über die Nahrungsmittelversorgung und die Streikloshandlung bedienen. Dieses Gesetz bezeichnet die Unterbindung der lebensnotwendigen Arbeiten als Verbot. Bei Eröffnung des Bergarbeiterkongresses erklärte der Vorsitzende Lewis, der Kongress sei nicht zu dem Zweck einberufen worden, um den Streikbeschlüssen entgegenzutreten, sondern um die Streiklänge zu erörtern. Einen Beweis, wie man von allen Seiten sich bereit macht, den Bergarbeiterstreik zu bekämpfen, gibt eine Kundgebung des Präsidenten des Lehrerverbandes an sämtliche Intellektuelle, in der er sie auffordert, die Bücher ruhen zu lassen und Spaten und Hacke zur Hand zu nehmen.

Die Eisenbahner erklärten dem Generaldirektor, daß die Kosten des Lebensmittelunterhaltes durch die Regierungsmassnahmen keineswegs verringert worden seien, so daß sie auf ihrer Forderung nach höheren Löhnen nach wie vor bestehen müssen.

Etwa 100 000 Mitglieder der Gewerkschaften veranstalteten einen Demonstrationzug durch Washington. In einer Versammlung erklärte darauf Compers, das Kapital schmiede ein Komplott, um den Arbeitern eine entscheidende Niederlage zu bereiten. Die Haltung des Stahltrusts beweise das zur Genüge.

Die Anti-Hungerkonferenz.

„Daily Mail“ zufolge hat der Staatssekretär des Innern alle Namen auf der Liste der vom Anti-Hungerkomitee einer Konferenz nach London eingeladenen Deutschen und Oesterreicher bis auf die folgenden gestrichelt: Bernstein, Professor Ortano, Oppenheimer, Kautsky, Bauer, Elenbogen und Professor v. Wieser.

„Telegraph“ meldet: In Belgien hat die Meldung von der Zusammenkunft der Deutschen und Oesterreicher mit Engländern, die den Zweck verfolgte, über die Lebensmittelnot in den Zentralländern zu verhandeln, Aufsehen erregt, da man darin den Versuch erblickt, Deutschland von seiner Verpflichtung der Ablieferung der Weizenfrucht zu entbinden. Die Ablieferung, die am 15. Oktober beginnen mußte, sei immer noch nicht erfolgt. Ein Protest der belgischen Regierung siehe oben.

Russischer Rätekongress.

Die Sowjet-Regierung hat in Anbetracht der gefährdeten Lage den 7. Kongress aller Sowjets auf den 2. Dezember nach Moskau einberufen.

Judenitz berichtet mit gedämpftem Trommetklang, Der rote Terror ist angeblich noch verschärft worden; es sollen Offiziere wegen unbefriedigender Tätigkeit im Felde verhaftet worden sein.

Die englische Regierung erklärte im Unterhaus, Rothschild nicht mehr zu unterstützen und nicht eine zeitlich unbeschränkte Unterstützung Denikins zu beabsichtigen.

Die lettische Regierung brüstet sich weitere Jahrgänge ein. Vom estnischen Großgrundbesitz sind bereits 100 000 Otkor, entzogen, 200 000 weitere sollen im Frühjahr beschlagnahmt werden.

Frau Lord.

Das englische Unterhaus hat mit 171 gegen 84 Stimmen beschlossen, daß künftig auch Frauen im House of Lords Sitz haben können.

Kleine politische Nachrichten.

Münchener Sozialdemokratie gegen Reichswehrgruppenkommando. Laut „Münchener Post“ haben Aktionsausschuß und Vorstand der sozialdemokratischen Partei Münchens eine Entschließung angenommen, in der gegen den Erlaß des Gruppenkommandos gegen die Revolutionsfeierlichkeiten scharfsten Protest erhoben und dessen sofortige Zurücknahme gefordert wird. Ein gleichzeitig ernannter Ausschuß forderte beim Gruppenkommando die Zurücknahme des Erlasses. Ein Ausschuß der Betriebsräte Münchens erhob dort die gleiche Forderung.

Der Attentäter Bog, der den Anschlag auf Haase verübte, befindet sich im Untersuchungsgefängnis in Moskau. Die Untersuchung auf seinen Geisteszustand wird veranlaßt werden. Die Anklage lautet auf „verübten Totschlag“. Die weiteren Vernehmungen des Attentäters müssen den Eindruck verstärken, daß es sich nicht nur um einen geistig minderwertigen, sondern sogar um einen geistes-gehörten Menschen handelt.

Zur Rede vom Mittwoch bemängelt die „Freiheit“, daß wir — denselben Bericht gebracht haben wie sie. Hat man Worte?! Sie bringt nachträglich einen ausführlicheren Bericht und papazelt wieder, wir müßten ihn nachrücken. Sieh mal an: sonst ist sie gegen den „parlamentarischen Kremlismus“ und jetzt kann sie von Parlamentarierberichten nicht genug kriegen. Und aber genügen sie und wir sagen mit dem Münchener: „Mit war's g'nua“. — Wir wollen aber selbst der „Fr.“ gegenüber so loyal sein, mitzuteilen, daß sie erklärt, die Rede Heeringens abgedruckt zu haben.

Die Deutschbürgerlichen in Posen haben sich zu einer „Deutschen Partei“ vereinigt.

Freiheit in Posen. Im „Kujawischen Boten“ vom 24. Oktober finden wir eine ganze Reihe weißer Stellen. Am meisten amüßant ist es, daß mehrere Stellen aus einem Artikel gestrichen sind, der in harmloser Weise im Klauerston laubert, wie sich die Verhältnisse in den Restaurants der Stadt Posen ungünstig gestaltet haben, wo die Preise steigen, und in der Lebensmittelversorgung überhaupt. Die polnische Zensur strich also den deutschen Blättern die harmlosesten Sachen. Würde die deutsche Zensur ähnlich vorgehen, so hätten die polnischen Zeitungen in Westpreußen seit einem Jahr kaum noch 100 Zeilen drucken können.

Der Ausschuß zur Förderung der deutschen Sparprämien-anleihe veröffentlicht einen Aufruf zur Zeichnung der Anleihe, die in den nächsten Wochen aufgelegt wird. Der Aufruf weist darauf hin, daß der deutsche Sparer mit der Zeichnung die Aussicht auf große Postgewinne ohne jede Gefährdung des Einsatzes erhält. Er fordert das gesamte deutsche Volk auf, zum Wiederaufbau der gesamten Volkswirtschaft und zur Wiederherstellung des ausländischen Vertrauens in die deutsche Wirtschaft für die Zeichnung der Anleihe einzutreten.

Der Tiefstand der Saluta. Die deutsche Saluta hat wieder einmal einen Tiefstand erreicht. 100 M. kosten heute nur noch 18 Schweizer Franken oder 8,50 holländische Gulden, und das, obwohl alle Anzeichen für ein Wiederaufleben des Arbeitsnennens und eine, wenn auch noch geringe, Steigerung der Produktion in Deutschland vorhanden sind. Ob es allmählich den „Praktiker“ dümmert, daß hier Spekulationsmomente mitspielen, die mit dem berühmten „Vertrauen in die deutsche Wirtschaft“ nichts zu tun haben?

Stadtverordnetenversammlung.

Die Wahl der unbesoldeten Stadträte.

Vom Gewerkschaftsbund der Angestellten ist eine Einladung zu einer am 5. November stattfindenden Versammlung eingegangen, in welcher über das Betriebsrätegesetz referiert und diskutiert werden soll. Der Vorsitzende Dr. Wehl fragt Bräukner (Soz.), ob er die Stadtverordnetenversammlung vertreten will; der Befragte verneint, da er kein Interesse habe, die „Gelben“ zu besuchen.

Die städtischen Zuwendungen an einzelne gemeinnützige Vereine sollen erhöht, eine Anzahl neuer derartiger Zuwendungen beschlossen werden. Die bezüglichen Eingaben werden dem Ausschuss zurückgegeben.

In Erweiterung der Antikörper der beiden soz. Fraktionen wird beschloffen, den Magistrat zu ersuchen, 50 000 (hat: wie beantragt 25 000) Mark zur Verfügung zu stellen, aus welchen Fonds Vergütungen an diejenigen Arbeiter, Angeheilen und Beamten der städtischen Werke und Verwaltung gezahlt werden, die praktisch verwendbare, technische oder organisatorische Anregungen geben, welche die Ausgaben verringern.

Mit 5 gegen 3 Stimmen ist in der Ausschussberatung der Antrag Wehl, den Magistrat um Übernahme aller in den städtischen Betrieben vorkommenden Isolierungsarbeiten sowie der Beschaffung des hierzu notwendigen Materials in städtische Regie zu ersuchen, angenommen worden. In der heutigen Beratung beschloß ihn zuhrmann (Dem.) mit großer Lebhaftigkeit als einen Schritt auf dem Wege zur Vernichtung des Mittelstandes. Der Vertreter der Bürgerlichen Vereinigung gibt eine gleiche ablehnende Erklärung ab. Der Antrag wird mit den Stimmen der beiden soz. Fraktionen zum Beschluß erhoben.

Die Erhöhung der Konfiszierungsgebühr um ein halbes Prozent auf 2 1/2 Prozent des Grundsteuerwertes ist vom Ausschusse einstimmig gutgeheißen worden. Gegen den Einspruch und gegen die Stimmen der Bg. Bgg. wird entsprechend beschloffen.

Hierauf wird in gemeinschaftlicher Sitzung beider städtischen Behörden unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide die Wahl von 8 Mitgliedern und 8 Stellvertretern für den Steuerzuschuß der Gewerbesteuerklasse I des Veranlagungsbezirks Berlin für 1920—1922 vorgenommen.

Im Anschluß daran schreibt das Haus zur

Wahl von 18 unbesoldeten Stadträten.

Eingegangen sind Wahlvorschläge von den II. Soz., den Soz., der Demokratischen Partei, der Bürgerlichen Vereinigung und vom Zentrum. Die Listen der Demokraten und des Zentrums sind verbunden.

Das Wahlergebnis ist folgendes: Von 140 Stimmen entfallen auf die Liste Bräukner (Soz.) 44, auf Liste Sedelsohn (II. Soz.) ebenfalls 44, auf die Liste Wege (Bg. Bgg.) 20, auf die Liste Raas (Dem.) 23, auf die Liste Esdoes (Zentr.) 8 Stimmen. 1 Stimme war unglücklich. Gewählt sind: Von den Sozialdemokraten Bräukner, Koblenger, Kunze, Böhm, Ritter; wiewergewählt Stadtrat Sassenow. Von der II. S. P. Stadtrat Sedelsohn (wiedergewählt), Wurm, Frau Clara Wehl, Hinge, Hanke, Weise. Von den Demokraten die Stadträte Raas und Bremer (wiedergewählt), Rosenow. Von der Bg. Bgg. Wege (Nat. Sp.), Benedek (D. Sp.). Vom Zentrum Direktor Esdoes.

Die Wahl von 226 Bürgerdeputierten wird durch Affirmation vollzogen. Unter den neuen Magistratsvorlagen befindet sich auch diejenige betreffend Anlauf eines Nahrungsmittelapparats für das Strohwerkstrassenhaus. Dr. Wehl bringt hierbei zur Sprache, daß Nahrungsaufnahmen in unseren Straßenhäusern ansehnlich nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit vorzunehmen werden können. Stadtmagistrat Dr. Wehler erklärt solche Notwendigkeiten zur Nachtzeit als sehr seltene Ausnahmefälle. Dr. Wehl wünscht dringend, daß in dringenden Fällen auch die Ehefrauen nachts ebenfalls telephonisch erreichbar sein sollen. — Der Anlauf wird beschloffen.

Die Vorlage wegen Erhebung eines Zuschlags von 1 Proz. zur Grunderwerbsteuer wird nach längerer Aussprache angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf in der Metallindustrie.

Nachdem die Einigungsverhandlungen zu einem Ausgleich der wirtschaftlichen Streitfragen geführt, drohen dieselben an der Frage der Arbeiterauschüsse zu scheitern. Die Arbeitgeber haben am 29. Oktober einen Vorschlag gemacht, wonach sie die Arbeiter nach Maßgabe der Arbeitsverhältnisse mit möglicher Beilegung wieder einstellen. Vor dem 15. Dezember darf der Platz eines aus Anlaß des Streiks noch arbeitslosen Arbeiters nicht durch betriebsfremde Arbeiter besetzt werden. Die Arbeiterratsmitglieder, die nicht entlassen wurden, sollen ihre Tätigkeit sofort wieder aufnehmen. An Stelle der Entlassenen/treten Stellvertreter. Wenn die gesetzliche Zahl der Arbeiterratsmitglieder nicht vorhanden ist, findet eine Neuwahl statt.

Die Unternehmer gehen von der Voraussetzung aus, daß das Amt des Arbeiterauschusses mit dem Ausscheiden aus der Beschäftigung erlischt und daß daher für sie keine Verpflichtung besteht, zwischen Arbeiterratsmitgliedern und sonstigen Arbeitern in der Frage sofortiger Wiederbeschäftigung Unterschiede zu machen.

Die Unternehmer betonen weiter, daß die Arbeiterauschüsse in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung das Vertrauen der Arbeitnehmer nicht mehr finden.

Diese Auffassung der Unternehmer hat den entschiedensten Widerstand der Streikleitung gefunden. Es wird aus dieser Haltung der Unternehmer gefolgert, daß es ihnen nunmehr nur darauf ankomme, die mißliebigen Arbeiterräte los zu werden. So sehr wir in den letzten Monaten über das Verhalten zahlreicher unabhängig-kommunistischer Arbeiterauschüsse Klage zu führen hatten, möchten wir uns doch ganz entschieden dagegen wenden, wenn ihnen aus Anlaß dieses Streiks durch die Unternehmer das Lebenslicht ausgeblasen werden sollte. Wir haben das festeste Vertrauen, daß die wiedereintretende Selbstbesinnung der Arbeiterklasse an dem zweiten allen sozialistischen Grundsätzen ins Gesicht schlagenden Verhalten eines wilden Radikalismus eine heilsame Korrektur vornehmen wird. Das, was die Unternehmer aber in einem für sie günstig scheinenden Stadium des Kampfes durchsetzen wollen, muß die gesamte Arbeiterklasse gegen sie aufbringen. Sie erblickt in diesen Forderungen der Unternehmer die Ansetzung eines durch die revolutionäre Umwälzung geschaffenen Rechtes.

Ein Attentat auf dieses Recht würde den nun bereits sechs Wochen dauernden Kampf auf eine noch breitere Basis stellen zum unermeßlichen Schaden unserer gesamten Volkswirtschaft. Wir mahnen daher die Unternehmer dringend zur Einfuhr und fordern die Wiedereinstellung der Arbeiterratsmitglieder.

Andererseits müssen wir aber auch verlangen, daß jene Kreise in der Arbeiterklasse, die so schnell das Wort Generalstreik in die Öffentlichkeit schleudern und denen jede Gelegenheit günstig zu sein scheint, ihre erkohlene Räteherrschaft zu etablieren, nicht tonangebend in einem Kampfe sind, in welchem Besonnenheit und gewerkschaftliche Erfahrung ganz besonders am Platze sind. Wir richten diese Mahnung an die Arbeiterklasse selbst auf die Gefahr hin, von der „Freiheit“ erneut verdächtigt zu werden.

Vericht der Streikleitung.

Zu der „B. J.“ vom Donnerstag, den 30. Oktober, wird in einem Artikel: „Troibereien im Metallarbeiterstreik“ behauptet: „Im Verband der Berliner Metallindustriellen denkt niemand daran, die Rechte der Arbeiter irgendwie zu beeinträchtigen.“ Demgegenüber stellen wir fest: 1. Die Arbeitgeber sind bereit, die Arbeiterauschüsse, soweit dieselben nicht entlassen sind, ihre Funktionen aufnehmen zu lassen. 2. In den Betrieben, in denen die Arbeiterauschüsse entlassen sind, sollen die Stellvertreter die Funktionen übernehmen. 3. In den Betrieben, in denen weder Arbeiterauschüsse noch Stellvertreter vorhanden sind, sollen sich die Arbeiter des Betriebes freie Kommissionen wählen, die die Interessen der Arbeiter vertreten, die Obliegenheiten der Arbeiterauschüsse ausüben.

Zum Punkt 3 stellen wir durch Fragen fest, daß diese Wahlen nur von den in den Betrieben Beschäftigten vorgenommen werden sollten. Der Zeitpunkt, wann diese Wahlen vorgenommen werden sollen, bleibt der Arbeiterschaft überlassen.

Die streikenden Arbeiter der Betriebe sollten also von den Wahlen ausgeschlossen sein.

Aus dem oben Gesagten geht klar und deutlich hervor, daß es den Unternehmern darum zu tun ist, die Rechte der Arbeiter in den Betrieben selbst zu schmälern. Unsere Forderung, den streikenden Arbeitern bei der Wiederaufnahme der Arbeit dieselben Rechte zu gewähren, wie sie diese beim Ausbruch des Streiks in den Betrieben hatten, wird in keiner Weise berücksichtigt.

In den einzelnen Betrieben hatten die Arbeiter über die ihnen

zustehenden gesetzlichen noch weitere mit den Unternehmern vereinbarte Rechte. So waren in den Betrieben Arbeiter- und Betriebsräte vorhanden, ohne daß für diese Vertretungen der Arbeiter eine gesetzliche Grundlage bestand. Diese übten bisher unbeantworfene Funktionen aus. Das ist der Grund, warum die Fünfgewerkschaftskommission und die Obstenkonferenz nicht auf die Vorschläge der Unternehmer zur Wiederaufnahme der Arbeit eingehen können.

Weiter sagt der oben angezogene Artikel der „B. J.“, daß eine neue Streikaktion auf Kosten der Arbeiterschaft entfesselt werden soll, um Neuwahlen der Betriebsräte (gemeint sind wohl die Arbeiterauschüsse) zu verhindern. Wir erklären ausdrücklich, wir sind uns des Vertrauens der Arbeiterschaft so gewiß, daß wir unsere Arbeiterauschüsse, Betriebs- und Arbeiterräten auch dann empfehlen würden, sich einer Neuwahl zu unterwerfen, wenn nur von einer Minorität des Betriebs der Wunsch nach Neuwahlen nach Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen werden würde. Aus Raumangel sind wir leider nicht in der Lage, im Rahmen der täglichen Berichte der Streikleitungen, die uns von allen Seiten eingehenden Vertrauenskundgebungen veröffentlichen zu können.

Am Donnerstag haben Vorbesprechungen der von der Fünfgewerkschaftskommission eingesetzten Kommission mit den Parteileitungen stattgefunden. Eine weitere gemeinsame Sitzung der Fünfgewerkschaftskommission und des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission sowie der Vertreter der Parteileitungen wird Freitagmorgen stattfinden. Eine Konferenz von Vertretern der Unabhängigen Partei des ganzen Reichs hat sich Donnerstag über den Stand der Metallarbeiterbewegung in Berlin Bericht erstatten lassen und zugesagt, im ganzen Reich darüber zu berichten und die Parteigenossen aufzufordern, den Streik der Berliner Metallarbeiter durch Aufbringung der benötigten Geldmittel sicherzustellen.

Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbands sind weitere 6 Millionen Mark eingetroffen.

Weitere Berichte werden den Obsten in der am Sonnabendvormittag 9 Uhr in den Sophiensälen (großer Saal) stattfindenden Konferenz mitgeteilt. Die Fünfgewerkschaftskommission. Das Metallkartell.

Arbeiterräte und Betriebsvertrauensleute der Metallindustrie.

Heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, Versammlung aller Arbeiter- und Betriebsräte der Metallindustrie in Wilkes Festsälen, Sebastiansstr. 39. Tagesordnung: Die geplante Entziehung der Arbeiter- und Betriebsräte in der Metallindustrie. Volljähriges Erscheinen unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch legitimiert. Die S.-P.-D.-Fraktion des Volksrats.

Das Streikrecht der Straßenbahner.

In einer fast besuchten Versammlung der Straßenbahner, die am Donnerstagabend im „Ludwig Hof“ tagte, wurde der Bericht des Ausschusses über die Differenzen mit der Direktion gegeben, die aus dem Teilstreik der Straßenbahner am 18. Oktober besteht. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Betriebsleitung der Anschauung ist, daß bei Arbeitsüberlegung eine Zweidrittelmehrheit vorhanden sein muß und nicht die Parole des Arbeiterauschusses für den Streik ausschlaggebend sein darf. Aus den Ausführungen des Berichterstatters wie auch der Diskussionsredner muß festgehalten werden, daß gewerkschaftliche Erfahrung und Disziplin bei ihnen noch viel zu wünschen übrig lassen. So wurden von den Diskussionsrednern wiederholt die Direktoren als die Vertreter einer Kapitalistenbande bezeichnet, trotzdem die Straßenbahner wissen müßten, daß das Unternehmen in den Besitz einer Stadt übergegangen ist, die von einer sozialdemokratischen Mehrheit regiert wird. Ein Redner befand es sogar fertig, zu erklären: die Arbeitsleistung müsse auf ein Mindestmaß heruntergedrückt werden, um die Forderungen der Arbeiterschaft restlos durchzusetzen. Ein anderer Redner glaubte, durch Empfehlung der Prügelstrafe anders denkende zur Solidarität erziehen zu können. Diese Ausführungen gingen selbst dem Vertreter des unabhängigen Volksrats Wegmann zu weit. Er meinte, daß, wenn schon Prügel verteilt werde, die Propagandisten der Prügelstrafe sie bekommen müßten. Seine Ausführungen wurden vielfach durch Zwischenrufe „Bremser“ und dergleichen unterbrochen. Wegmann war dadurch gezwungen, den Straßenbahner ihr unsolidarisches Verhalten im Januar 1918 in Erinnerung zu bringen, das sie gerade nicht qualifiziert, sich jetzt als Elitegruppe aufzuspielen. Eine Resolution, die dem Arbeiterauschuss für zukünftige Fälle das Recht gibt, nach eigenem Ermessen den Betrieb lahmzulegen, wurde angenommen.

Zur Lage des Hilfspersonals im Gastwirtsgerwerbe.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen schreibt uns: Auch heute noch ist in vielen Betrieben das von jeher am meisten gedrückte Hilfspersonal vollständig der Willkür des Unternehmers preisgegeben. Die mittleren und kleineren Pensionate in Berlin W. können sich nicht im geringsten um gesetzliche Bestimmungen. Wagt das Hilfspersonal sich dagegen zu wehren, so wird der „Herr im Hause“ hervorgerufen. In dem Pensionat Hardenberg 6 d.

Inhaber Herr Müller, kam es deshalb zum Streik. In diesem Betrieb muß das Personal täglich 13-15 Stunden arbeiten. Die Bezahlung ist weit unter dem Tarif für das Gastwirtsgerwerbe. Die Küchenmädchen erhalten monatlich den fürstlichen Lohn von 60 M., die Zimmermädchen 100 M. Ausgang gibt es in diesem Betriebe nur einen halben Tag in der Woche. Alle Klagen des Personals bleiben unberücksichtigt. Da alle in Betracht kommenden Mädchen organisiert waren, verhandelte die Organisation mit dem Inhaber. Herr Müller aber lehnte jede Verhandlung ab. Als dem Personal von der Ansicht des Herrn Müller Mitteilung gemacht wurde, trat es geschlossen in den Streik. Seinen Karger darüber machte der Inhaber in großen Beschimpfungen der Streikenden Luft. Da die private Stellvermittlung trotz gesetzlichen Verbots immer noch besteht, gelang es Herrn Müller, einige Mädchen zu engagieren. Von den Streikenden aufgeführt, verzichteten die ersten. Nun ließ Herr Müller ein Auto mit Sicherheitswehr auffahren, auch das nützte nichts, erst unter persönlicher Eskorte gelang es ihm, Streikbrecher in den Betrieb zu bringen. Daß Herr Müller wohl in der Lage wäre, sein Personal besser zu bezahlen, beweist folgendes: Herr Müller erhebt in dem Pensionat und der Weinhandlung 5 resp. 10 Prozent Zuschlag für die Ablösung des Trinkgeldes. Diese Prozente sollten doch nun lediglich für die Entlohnung derjenigen Angestellten dienen, die vorher auf Trinkgeld angewiesen waren. Das übrige Personal mußte doch von jeher von dem Betrieb bezahlt werden. Bis vor kurzem wurden in dem Pensionat von Herrn Müller 3 Proz. Zuschlag erhoben, die von dem früher auf Trinkgeld angewiesenen Personal eingezogen wurden. Dabei hatte das Zimmermädchen, das 2 Proz. davon erhielt, ein Einkommen von monatlich 200 bis 250 M. Trotz Erhöhung der Zuschläge haben die Zimmermädchen also jetzt ganz erheblich niedrigeres Einkommen, während Herr Müller durch die Ablösung des Trinkgeldes noch einen größeren Verdienst hat.

Gegen derartige Willkür kann sich das Hilfspersonal nur schützen, wenn es bis zum letzten Mann der Organisation anschließt, um solchen Unternehmer in geschlossener Kampffront entgegenzutreten zu können.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Groß-Berlin. J. Dieckel, Sektionsleiter.

Elektrodroschkenführer!

Die Arbeiter und Handwerker der Akkumulatorenwerke „Afa“ in der Hannoverischen Straße sind am Metallarbeiterstreik beteiligt. Unsere Kollegen sind dadurch in Mitleidenschaft gezogen und haben beschlossen, sich solidarisch zu erklären, indem sie jede Streikarbeit ablehnen. Die Droschkenführer befinden sich dort somit ebenfalls im Streik und ist Jucuz fernzubalten. Jeder Droschkenführer, der dort seinem Verufe nachgeht, ist als Streikbrecher zu bezeichnen. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Gr.-Berlin. Sektion IV.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Freitag, den 31. Oktober, abends 6 Uhr, findet in Liems Festsälen, Hallesche 10-12, die Fortsetzung der S.-P.-D.-Bezirksversammlung statt! Tagesordnung: 1. Diskussion über den Verbandstag. 2. Vorschlag zur Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert! Kollegen und Kolleginnen, erscheint alle vollständig!

Zum Metallarbeiterstreik.

Siemens-Galcke, Blockwerk, Sonnabend früh 10 Uhr: Betriebsversammlung „Stadtpark“, Jungfernhöhe. Dasselbst Auszahlung der Streikunterstützung.

U. Vork. Ziegel, Heule, nachmittags 2 Uhr, Betriebsversammlung in Hartmanns Brauerei, Reinickendorf. Streikartikellitimiert.

Gasse u. Wrede, Heule, nachm. 3 Uhr, Versammlung im Glasladen, Prinzenallee.

Vergmann, Rosenthal, Am Freitag, 31. Okt., findet um 11 Uhr im Lokal von Behne eine Betriebsversammlung der Streikenden statt. Erscheinen ist Pflicht.

Yndron-Konzern, Heule, nachm. 2 Uhr, in den Communisälen, Remer Str. 67, Versammlung der Streikenden.

Betrieb Albatros, Johannisbühl, Freitag, 31. Okt., früh 7 Uhr, müssen sich folgende Kollegen melden: Kartennummern 61-63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72; um 11 Uhr: Nr. 73, 74, 76, 79, 81, 82, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92. Pünktlich erscheinen. Sonnabend früh Auszahlung.

Ceram-Werke, Freitag, mittags 12 Uhr, Betriebsversammlung bei Schoneck, Alt-Straßen. Für die im Metallarbeiterverband Organisierten Freitag und Sonnabend von 9-11 Uhr Diskussionen unterzeichnen.

Kleiban Siemens-Zehndert, Heute Freitag von 12-4 Uhr findet die Auszahlung der Streikunterstützung in den bekannten Lokalen statt. Nachahler müssen bis Ende nächster Woche warten.

Anordremie, Freitag, den 31. Okt., vorm. 9 Uhr, Funktionär-Tagung bei Rißhölz, Gürtel- u. Cde Poststraße. Es ist Pflicht eines jeden Funktionärs, zu erscheinen.

Daimler-Werk, Freitag, 31. Okt., vorm. 11 Uhr, Betriebsversammlung im Speiseaal. Funktionärversammlung 9 Uhr Springkassett.

Sportnachrichten.

Zum Stadion wird in der kommenden Woche der Entfestelungskünstler Kottini im rasenden Flug - in Looping und Sturzflug - dem Berliner Publikum seine Entfestelungskünste vorführen. Ein bekannter Kampf- und Sportkämpfer wird den Flugapparat steuern. - Der Arbeiter-Schwimmverein Neutalun hält am Sonntag, 27. Okt., in der städtischen Schwimmbad, Gunglstraße, sein Hallenschwimmfest ab. Zur Vorbereitung kommen Damen- und Männerchwimmvereine, Springen, Laufen, Reigen, Mannschaftsstände und Wasserballspiele. Zahlreiche Meldungen Groß-Berliner und auswärtiger Arbeiterschwimmvereine sind eingelaufen und versprechen anregende und spannende Kämpfe. Eintrittskarten à 1,50 M. sind vor Beginn des Festes am Eingang zur Schwimmhalle erhältlich.

Veranlagung für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neutalun; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin; Verlag: Formwirts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Formwirts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 2, Stern 1. Ullage.



Osramwerke, Berlin O. 17